

Brechung der Zinsknechtschaft

Von der Notwendigkeit
der Überwindung der Tabuisierung einer Parole und Sehnsucht

von
Tristan Abromeit

Juli 2008

Text Nr. 61.0

www.tristan-abromeit.de

	<u>Seite</u>
1. Vorwort	2
2. Einleitung	2
3. Der Anlaß zu diesem Internetbeitrag	6
4. Meine Anmerkungen	11
5. Das Thema auf dem Hintergrund von Pressemeldungen:	
5.1 Verkauf von Staatseigentum	13
5.2 Inflation, unsichere Konjunktur und Zinsknechtschaft durch Energie?	19
5.3 Erlösung von der Zinsknechtschaft durch die Wissenschaft?	23
5.4 Ökonomie zwischen Erlösungsreligion und Rechtfertigungsideologie	27
6. Schlußbemerkungen	30

(Bearbeitungs- und Theoriedefizite beim Thema „Überwindung der Zinsknechtschaft und des Terrorismus“ abgehandelt auf dem Hintergrund von Obamas Rede, des ZEIT-Artikel „Wie ticken die Linken“, der HAZ-Artikel vom 100. Geburtstag des FBI und des Ende des „Kursbuches“.)

Drei Nachträge45 / 46 / 47-54

Anhänge:

Text 61.1 Zitate von Röpke, Rüstow und Sloterdijk (9 Seiten)

Text 61.2 Juden als Spiegel der sozialökonomischen Verhältnisse (7 Seiten)

Text 61.3 Links und Beiträge zum Thema Gesell und Marx (10 Seiten)

Bernd Senf / Johannes Heinrichs / Nadja Rakowitz / Georg Otto

1. Vorwort

Die uralte Forderung von der Überwindung der Zinsknechtschaft, die das Judentum, das Christentum und der Islam lange Zeit mit Verboten bewirken wollten und von den Nationalsozialisten als Propagandainstrument in Form des Schlagwortes von der "Brechung der Zinsknechtschaft" zur Verfolgung von Juden mißbraucht wurde, sollte uns – wenn sie genannt oder uns zugeschrieben wird – nicht ängstlich zusammenzucken lassen. Heute besteht die Gefahr, daß der verleumderische oder tabuisierende Mißbrauch des Begriffes *Zinsknechtschaft* als Strategie gegen eine offene Ökonomiediskussion oder direkt zur Verteidigung des Kapitalismus verwendet wird. Dieser heutige Mißbrauch wirkt genauso wie jener zur Zeit des „Dritten Reiches“ letztendlich tödlich. Wir können statt *Brechung der Zinsknechtschaft* genauso gut von der *Überwindung des Kapitalismus* sprechen. Nur müssen wir dann gleich verdeutlichen, daß wir mit Kapitalismus eben nicht die Marktwirtschaft meinen, und daß die Zentralverwaltungswirtschaft – besonders in der Form des untergegangenen real existierenden Sozialismus, eine Form des Staatskapitalismus - keine brauchbare Alternative ist. Begriffe, die die Nazis mißbraucht haben, ängstlich zu vermeiden, bedeutet, die Nazis über ihren Untergang hinaus über unsere Köpfe herrschen zu lassen.

Auf den folgenden Seiten kann der Leser keine systematische Analyse erwarten, sondern eine Text-Collage, die als Anstoß zum eigenen Nachdenken und als Anregung für wissenschaftliche Arbeiten zum Thema dienen soll. Meine aktuellen Beiträge sind linksbündig, 1 1/2-zeilig in *Times New Roman* dargestellt. Die Zitate sind zentrisch, 1-zeilig in *BookAntiqua* wiedergegeben.

2. Einleitung

Die Mailingliste, eine Art elektronischer Rundbrief oder auch dem Multibrief mit einem Haupt- und mehreren Nebenempfängern verwandt, der vor dem Internet entwickelt wurde, um die schriftliche Kommunikation zu erleichtern, ist eine wirkliche Bereicherung der privaten, wissenschaftlichen und politischen Kommunikation. Nur verführt die Leichtigkeit des Verkehrs mit der elektronischen Post dazu, mit neuen Themen die noch aktuellen zu verdrängen, bevor diese ausdiskutiert wurden. Nicht alles, was in den Listen diskutiert wird, ist für Menschen über den Teilnehmerkreis hinaus interessant und von Bedeutung. Im vorliegenden Fall – also beim Thema Zinsknechtschaft - habe ich aber den Eindruck, daß unsere Erörterung - für jedermann abrufbar - auf einer Internetseite präsentiert werden sollte. Ich verbinde damit

die Hoffnung, daß ein Hochschullehrer Diplomarbeiten zum Thema „Entstehung, Verwendung und Mißbrauch des Begriffspaares 'Brechung der Zinsknechtschaft'“ vergibt. Ich habe unter <http://www.grin.com/> bei einem Verlag nachgeschaut, der Diplomarbeiten ins Netz stellt. Bei der Eingabe des Suchbegriffes „Zinsknechtschaft“ wurden 24 Arbeiten benannt, in denen der Begriff vorkommt. Die meisten Arbeiten stehen im Zusammenhang mit den Begriffen NSDAP oder Gottfried Feder. Ich habe jetzt nicht überprüft, in welcher Weise diese Autoren ihr Thema abhandeln und ob sie überhaupt gemerkt haben, daß die Nationalsozialisten den Begriff Zinsknechtschaft überwiegend nur für Propagandazwecke mißbraucht und zudem Menschen – hier die Juden – und nicht Strukturfehler in der Institution Währung als Verursacher gesehen haben. Das Problem – das mit Zinsknechtschaft benannt wurde und wird – reicht weit in die Geschichte der Menschheit zurück und wirkt in seiner Destruktivität in der Zukunft weiter, wenn es nicht vorher sachgerecht gelöst wird.

Über die Jahrhunderte wurden besonders die Juden verdächtigt, Verursacher des Problems zu sein, weil sie dominant im Geldgeschäft tätig waren. Daß dies nur eine Minderheit der Juden war und diese zudem ursprünglich nur der Not gehorcht haben, weil sie mit religiös verbrämten Ausschlußklauseln von den „ehrbaren“ Berufen ferngehalten wurden, wurde immer wieder verdrängt, weil sonst das Erklärungsmuster für die Misere, in dem die Menschen immer wieder steckten, in sich zusammengefallen wäre. Es hat aber noch nie zu etwas Gutem geführt, wenn sachliche Probleme personalisiert wurden. Dieser Personalisierung wurde sicher Vorschub geleistet, weil die Begriffe Tribut und Lehenspflicht – die im Zusammenhang mit dem Zins mit bedacht werden müssen – praktisch nicht ohne begünstigten Herrscher und dessen Macht gedacht werden können. Auch wirkt sich hier besonders nachteilig aus, daß die Vertreter der Wirtschaftswissenschaft und der Wirtschaftspolitik vorwiegend aus ideologischen Festungen oder aus der Position der herrschenden Lehrmeinung heraus argumentieren und entscheiden. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts war der Preis für diese Ignoranz der Fakten, den die Menschen zahlen mußten, Stalin und Hitler und die jeweiligen Untaten. So schlimm sind die Folgen für uns hier im Europa von heute noch nicht. Aber wir sind noch nicht am Ende der Geschichte. Die Zahl der Einsichtigen steigt zwar, ob sie schnell genug steigt, um ein erneutes böses Ende abzuwehren, ist fraglich.

In der Tagung 42. Mündener Gespräche am 19. und 20. April 2008, die in Zusammenarbeit mit dem Regiogeld-Verband e.V., Magdeburg durchgeführt wurde“ (www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de) sagte ein Ökonomieprofessor sinngemäß: „Ich verstehe nicht, daß ich

so lange an die Probleme des Geldes vorbeiforschen und -lesen konnte!“

Der Bundestag, zuständig nicht nur für das Wohl der Bundesbürger, schottet sich aber nach wie vor - wie vordem der Reichstag in der Weimarer Republik - gegenüber diesen Problemen mit Fehlanalysen und auch mit böse wirkender Besserwisserei ab. Versuche, die Themen über den Petitionsausschuß auf die Tagesordnung zu bringen, sind bisher immer so gescheitert, wie die Bemühungen über die politischen Parteien die Währungsproblematik zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen zu machen. Die Bemühungen sind an verschiedenen Orten dokumentiert. Damit nun nicht der Eindruck entsteht, hier rede ein Großmaul, zitiere ich auch an dieser Stelle als Zeuge für die Weimarer Zeit Albert Hahn aus „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer, 1971. S. 229 ff.. Ich stelle erst Gerhard Ziemer vor, dann Albert Hahn und lasse dann das Zitat von Hahn folgen. ¹

Der Zitierer und der Zitierte:

Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich.

Der Verfasser (G. Ziemer. TA) möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin :

¹ Angaben aus „Inflation und Deflation ...“

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrück-sichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn

der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.«

3. Der Anlaß zu diesem Internetbeitrag

Die Menschen, die die Bedeutung der Freiwirtschaftsschule – die wesentliche theoretische Elemente für den Ausbau der Marktwirtschaft zu einem zufriedenstellenden System bietet – verstanden haben, machen die merkwürdige Erfahrung, daß dieses Wissen zur Steigerung der Wohlfahrt der Gesellschaften und der Freiheit der Individuen nur schwer an die Frau und an den Mann zu bringen ist. Man muß einen großen Einsatz leisten, um kleine Erfolge zu verzeichnen. Ein kleiner Erfolg ist zum Beispiel, wenn eine bekannte Person Splitter freiwirtschaftlicher Erkenntnisse öffentlich an- oder ausspricht. Dieses ist offensichtlich in der ZDF-Sendung „Aus der Anstalt“ von dem Kabarettisten Georg Schramm geschehen. Ich selber konnte das nicht überprüfen, weil ich davon erst nach der Sendung davon erfahren habe und mir die Technik für den nachträglichen Zugang zur Sendung fehlt.

Im vorliegenden Fall wurde unser Gespräch in unserer E-Mail-Liste von den nachfolgend benannten Fragen stimuliert:

a) Wer darf sich den Verdienst zuschreiben, Georg Schramm zu seinen Aussagen inspiriert zu haben. Die Antwort, die sich herauskristallisierte war: Viele! Wobei vorausgesetzt wird, daß er auch durch eigenes Beobachten und Nachdenken zu seinen Schlüssen gekommen ist. Damit will ich es auch schon bewenden lassen, weil es nach meiner Einsicht kein Stoff für eine öffentliche Erörterung ist. www.georg-schramm.de

b) Darf man den Begriff „Zinsknechtschaft“ verwenden, ohne in den Verdacht zu kommen, ein Freund nationalsozialistischen Gedankenguts zu sein? Dieser Frage will ich anhand von Auszügen aus unserem E-Mail-Verkehr in der Liste, in der Fragen der Natürlichen Wirtschaftsordnung erörtert werden, und durch zusätzliche eigene Überlegungen an Hand von alten und neuen Quellen nachgehen.

A. R. reicht am 2. 7. 08 aus einer empfangenen E-Mail außerhalb der Liste u.a. folgenden Text an die Liste weiter:

"Soeben gab es im ZDF die Sendung 'Aus der Anstalt', in der Georg Schramm in seiner Solo-Schlußnummer

- die hohen Schulden im Bundeshaushalt = Zinslasten,
- Nullverschuldung ist Augenwischerei,
- jeder von uns zahlt ja die Zinsen (30-40% seines Einkommens),
- die Schere zwischen Arm und reich geht aus diesem Grund immer weiter auseinander
- usw. so kernig und überzeugend darbot, daß man ihn für ein [...]Mitglied halten könnte, nein er ist viel besser.

Wer die Sendung sehen will, sollte mal schauen, wo sie wiederholt wird.

Es lohnt sich. Oder ob man ihn anschreiben sollte ?"

Darauf antwortete E.B., der sich für den Inspirator von Schramm hält (hielt?), am 3. 7. 08 u.a.:

Als "Aus der Anstalt" lief, sagte ich erstaunt zu meiner Frau: „Der sagt ja alles, was ich ihm schrieb. Nur die Nazi-Parole 'Brechung der Zinsknechtschaft' kam in meiner Mail nicht vor, weil ich weiß, wie heikel das Thema unter Freiwirtschaftlern ist.“

Aber auch das sollte sich m. E. aus folgendem Grund ändern. Meine Recherchen führten mich über einen Link (der heute nicht mehr funktioniert) zu Gerhard Senft in dem es heißt:

"Gerhard Senft unterstreicht die weite Verbreitung des Schlagwortes „Zinsknechtschaft“ zwischen 1900 und 1945. ... „Es handle sich um ein sehr verbreitetes Vokabular, das von verschiedenen politischen Gruppen mit unterschiedlichen Inhalten aufgeladen wurde.

Dem Zinssystem zu Leibe rücken wollten um 1900 viele Parteien und Gruppierungen, auch die Sozialdemokratie forderte vielfach die ‚Befreiung der Menschheit aus der Zinsknechtschaft des Kapitalismus“ Als Quelle wurde

„Antikapitalismus von Rechts“,
Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 106/1995, S.26 angegeben.

Auf meine Anfrage, ob das so stimme, schrieb mir Gerhard Senft am 23. Jenner 08:
Ja, das stammt von mir (wörtlich habe ich es jetzt nicht überprüft).

Das wäre m. E. Grund genug, die Angst (auch vor der Antifa) zu verlieren.

A.R. antwortete darauf ebenfalls am 3. 7. 08:

Ich habe keine Angst vor der Antifa. Antifaschismus ist ja eigentlich auch etwas durchaus Gutes und Richtiges. Problematisch wird es nur, wenn Faschismusgegner sich faschistischer Methoden bedienen. Und sie sind keineswegs ganz erfolglos in ihrem Bestreben, uns unsere mühselige Arbeit zu zertrampeln.

Die Antifas haben uns bekanntlich ins Visier genommen, weil sie uns Rechtsradikalismus und Antisemitismus nachsagen. Dieser Vorwurf war mit Sicherheit nicht gegenüber jedem Anhänger unserer über ein Jahrhundert währenden Geschichte unberechtigt. Aber man betrachte unsere Bewegung heute ganz objektiv. Ich sehe keinerlei Anzeichen für rechte und antisemitische Tendenzen, sonst wäre ich ganz schnell weg. Es ist ganz offenkundig erklärtes Ziel der Antifas, uns als rechts außen zu diskriminieren, und dabei ist (ihr) jedes Mittel recht.

...

Mit der Berechtigung, die Sie für den Begriff "Brechung der Zinsknechtschaft" reklamieren, könnten wir auch das Hakenkreuz, ein seit sechstausend Jahren als Glücksbringer bekanntes Symbol (<http://de.wikipedia.org/wiki/Hakenkreuz>) zu dem unseren machen. Wir sollten uns tunlichst hüten, auch noch Wasser auf die Mühlen derer zu schütten, die jede Kleinigkeit in ihrem Sinne breittreten, um zu "beweisen", dass wir brauner Gesinnung sind.

Da ich selber mit anderen Dingen beschäftigt war, aber den Listenmitgliedern mitteilen wollte, daß derjenige oder diejenige, die bei einem der üblen Faschismusvorwürfe zusammenzuckt, noch nicht richtig beim Inhalt der Natürlichen Wirtschaftsordnung (ein Synonym für Freiwirtschaft oder Soziale Marktwirtschaft im ursprünglichen Sinne) angekommen ist (Aufklärer haben das Wirken von Desinformanten geduldig zu ertragen oder mit Gegeninformationen zu entkräften.), habe ich an A. R über die Liste folgende Mails geschrieben:

a)

Weil ich noch auf das Thema Zinknechtschaft eingehen will, habe ich das Stichwort bei Google eingegeben. 15200 Nennungen werden angezeigt. Beim probeweise Anklicken bin ich auf

http://www.wiwi.uni-muenster.de/09//ecochron/personen/p_gesell.htm

gestoßen. Ein Beitrag über Gesell. Verfasser Anselm Rapp.
Haben Sie den Beitrag für die Uni Münster geschrieben oder
haben die Gestalter dieser Uni-Internetseite den Beitrag von einer anderen
Seite übernommen?

00000

b)

Hallo ListenteilnehmerInnen!

Neben den Links, die den Begriff Zinsknechtschaft eindeutig mit den Nazis oder
Gottfried Feder verbinden, gibt es auch solche Seiten, die den Begriff politisch
neutral verwenden, wie das nachfolgende Zitat zeigt:

"Schuldnechtschaft(Zinsknechtschaft)

Ein so genannter Schuldner schuldet einem anderen Geld.
Er kann seine Schulden nicht bezahlen und arbeitet sie deshalb ab.
Das Problem: Das Gehalt, das er bekommt, ist so niedrig, dass er
kaum davon leben kann. Natürlich ist das die Absicht dessen,
dem etwas geschuldet wird: Der andere kann so seine Schulden
natürlich nie abbezahlen. Oft geht das sogar so weit, dass sogar
die Kinder des Schuldners weiter für den anderen arbeiten müssen.
Man spricht dann von Schuldnechtschaft über Generationen.
Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass von dieser Form
der modernen Sklaverei weltweit mehr als 20 Millionen Menschen
betroffen sind. Nur zum Vergleich: Das wäre etwa jeder vierte in Deutschland"

posted by Philipp @ 5:23 AM

Ich fand den Beitrag unter:
[http://realschule-freyung-
kinderarbeit.blogspot.com/2006/07/schuldnechtschaftzinsknechtschaft-ein.html](http://realschule-freyung-kinderarbeit.blogspot.com/2006/07/schuldnechtschaftzinsknechtschaft-ein.html)
Grüß TA

Dann kam eine Mail von U.T., der das Thema wieder in die gegenwärtige Alltagspolitik
rückte:

Lieber Mitleser,

eine Ursache für die extreme Staatsverschuldung der BRD liegt im Verhalten der
Bürger selbst, sie haben das Steuermonopol des Staates unkritisch und unreflektiert
hingenommen.

Dass dieses Verhalten stets zum Verhängnis wird, beschrieb der amerikanische Jurist
Lysander Spooner im Jahre 1869 so: "...dass jeder, der sein Geld in die Hände einer
sogenannten Regierung gibt, ihr ein Schwert übergibt, das gegen ihn selbst gerichtet
wird, um noch mehr Geld von ihm zu erpressen und ihn außerdem in Abhängigkeit

von ihrer Willkür zu halten..." (1)

Die extreme Staatsverschuldung der BRD ist nicht mehr finanzierbar und das ganze Gerede von einer Konsolidierung der Staatsfinanzen ist schlicht leeres Geschwätz- Neuverschuldung um neun Millionen Euro, Zinslasten um 42 Milliarden Euro.

Die Regierung muss und wird die Peitsche knallen lassen.

Nur zwei Möglichkeiten und beide werden genutzt: Latente Inflation, beständig schleichende Entwertung des Geldes, steigende Steuern und Abgaben.

Steuern lassen sich mit dem Wort Klimaschutz erhöhen und kein Bürger wird dagegen protestieren, dass die Garotte an seinem Hals ihm langsam die Luft abwürgt.

Das muss sein, sind wir dem Klima und der Atomindustrie schuldig.

Eine schöne Woche, trotzallem

Freundliche Gruesse

...

/1) Lysander Spooner: Kein Landesverrat- Die Verfassung besitzt keine Autorität

Am 9.7.08 schrieb J.H. „Eine ergänzende Anmerkung zum Thema:“

Auch Staaten, die ihre Schulden nicht tilgen, halten ihre Bürger in Schuldknechtschaft, und das eventuell über Generationen hinaus. Bekanntlich nimmt unsere Regierung seit längerem neue Kredite auf, um damit die Schuldenzinsen zu bezahlen.

Am 10. 07. 08 kommentiert A.P. die Aussage von U. T. Wie folgt:

Lieber U...T..., ein klares Wort! Anregung: Wie wär's, den Parteien klare Fragen zu stellen und ihre Antworten übers Internet zu verbreiten? Irgendeine politische Gruppierung wird doch noch bei Verstand sein. Gleichzeitig wäre das doch eine gute Werbung für jene, die unseren Gedanken nahe stehen, meinen Sie nicht? Auch in Deutschland werden die nächsten Wahlen nicht mehr lange auf sich warten lassen, speziell dann nicht, wenn in Österreich sich entsprechende Ergebnisse herauskristallisieren. Im September wird gewählt.

Ebenfalls ein schönes lichtreiches Wochenende ohne Treibstoffsorgen,

Am 10. 7. 08 meldet sich J.H. wieder:

Und noch eine Bemerkung: Sollte man statt Zinsknechtschaft nicht besser nur den Begriff Schuldknechtschaft verwenden? Dann wird nicht sofort die Assoziation "Brechung der Zinsknechtschaft" (Nazi-Parole) und das entsprechende Vorurteil geweckt.

Übrigens ist in der jüngsten Ausgabe der HUMANWIRTSCHAFT ein ausgezeichneter Artikel von Helmut Creutz über die Staatsverschuldung, ihre Folgen und zu der Frage, wem sie nutzt, erschienen.

4. Meine Anmerkungen

Da die Nationalsozialisten thematisch alle Politikfelder besetzt hatten und somit alle politisch und ökonomisch relevanten Begriffe – bis auf jene, die später geprägt wurden – verwendet haben, wären wir alle – egal welcher Gruppierung oder Schule wir angehören - zum Schweigen verurteilt, wenn wir diese vermeiden oder nicht benutzen wollten. Ich habe noch keine Studie gelesen, die die Institutionen und Strukturen unseres Staates unter dem Nationalsozialismus und unter der heutigen sogenannten demokratischen Herrschaft vergleicht. Ich denke, wenn wir solche Vergleiche zu Gesicht bekämen, würden wir wegen vieler Übereinstimmungen erschrecken,.

Nehmen wir den Schulzwang, der von allen in den Parlamenten vertretenen Parteien verteidigt wird. Im Netzwerk für Bildungsfreiheit ist folgendes zu lesen:

Pressemitteilung des Netzwerks Bildungsfreiheit vom 4.7.2008

Frei lernt es sich besser

70 Jahre Schulzwang sind genug – ein Relikt hat sich überlebt

Als am 6. Juli 1938 die nationalsozialistische Führung unter Adolf Hitler und Reichsminister Dr. Rust in Berchtesgaden das Reichsschulpflichtgesetz unterzeichnete, konnte sie nicht ahnen, dass die wesentlichen Bestandteile dieses Gesetzes auch 70 Jahre danach noch ihre Gültigkeit haben würden. Mit dem Untergang des vermeintlich „tausendjährigen Reiches“ verschwanden zwar die meisten Gesetze und Verordnungen aus jener Zeit, der europaweit einmalige deutsche Schulzwang, der es dem Staat ermöglicht, Schüler mit Hilfe der Polizei und notfalls unter Einsatz von Gewalt der Schule zuzuführen, blieb unverändert. Die Schulgesetze der meisten Bundesländer übernahmen den Paragraphen fast wörtlich in ihre Gesetzgebung. ...

www.netzwerk-bildungsfreiheit.de/html/70jahre_schulzwang.html

Wenn alle Verwender des Begriffes *Zinsknechtschaft* Nazis sind, ist es doch logisch, daß auch alle Vertreter des Schulzwanges – z. B. fast alle MdBs – Nazis sind. Oder?

Außerdem: Es ist doch eine schöne bequeme und verschleiende Methode, alles Böse in der Politik bei den gestrigen und heutigen Nazis zu verorten und sich selber als Vertreter des Guten hinzustellen. Das Verfahren ähnelt der Haltet-den-Dieb-Methode. Politische Parteien waren und sind, wenn sie Macht erringen wollten bzw. wollen, gestern und heute auf Zustimmung der Bürger angewiesen. Die politische Macht erreichen die Parteien gestern und heute aber vorwiegend mit der Manipulation der Wähler – sicher mit unterschiedlichen Methoden - und dadurch, daß sie die Themen aufgreifen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen. Und der Komplex „Zins“ hat den Menschen zur Nazizeit und auch schon zu biblischen Zeiten auf den Nägeln gebrannt. Heute sieht man das Problem wie den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr. Die Verschleierung des Problems gelingt aber höchstens bis zur nächsten sozialökonomischen Explosion. Es gab sicher Mitglieder in der NSDAP, die die Losung „Brechung der Zinsknechtschaft“ ernst genommen haben. Mit Gottfried Feder hatten sie aber einen miserablen Theoretiker. Von einem ernsthaften Anliegen der Gesamtpartei kann nach meinem Wissensstand aber nicht gesprochen werden. In meinem Text 19.1.12 (Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil / Dokumentation 12) habe ich eine Buchbesprechung zu „Wulf C. Schwarzwäller: Hitlers Geld. Vom armen Kunstmaler zum millionenschweren Führer“ aus der HAZ vom 24. 10. 1998 von Carsten Lilge wiedergegeben. Danach hat Hitler sich sogar für die Abbildung seines Kopfes auf Briefmarken bezahlen lassen. Hitler war einer, der vom Zins profitiert hat.

Das Wort Zins ist als ein Kürzel für den ganzen ökonomischen Komplex *Einkommens-* und *Vermögensverteilung* und *Konjunktur* aufzufassen und muß immer mit den Begriffen, Bodenrente, Patentrecht und Wettbewerbsvermeidung in Verbindung stehend und als kapitalistische Deformierung der Marktwirtschaft gedacht werden. Das Thema Zinsknechtschaft nur den Nazis zuzuordnen und Verwender des Begriffes als Nazis zu diffamieren ist mehr als dumm und weil tabuisierend auch gefährlich.

Ich habe nun in dem Registerband zu den Gesammelten Werken von Silvio Gesell nachgesehen. Unter „Zinsknechtschaft, Zinsherrschaft“ sind neun Verweise zu finden.

Die erste Fundstelle im Band 8 (1913 – 1916) führt uns in dem Beitrag „Die Rolle des Geldes in den Geschicken der Völker“² auf Seite 86 zu folgendem Text:

Nun trifft es sich aber, daß die gleiche Maßregel, die ich bereits forderte, um uns

2 Vortrag von Silvio Gesell auf dem „Volkswirtschaftlichen Kongreß“ in Berlin, am 28. März 1913

von der Zinsknechtschaft zu befreien, die die Spekulanten unmöglich machen und das Geld auf die Rangstufe der Waren herabsetzen und, die den Austausch der Waren so sehr störende Vorliebe für das Geld aufheben soll, eigentümlicherweise auch gerade die Maßregel ist, die allein uns eine geordnete, wissenschaftliche Währungspolitik bringen und den Handel vor Konjunkturschwankungen schützen kann.

Der Begriff *Zinsknechtschaft* wurde aber nicht von Gesell geprägt, das wird aus dem nächsten Zitat deutlich. Es stammt aus der Einleitung zu:

Tristan und Isolde
im europäischen Mittelalter
Ausgewählte Texte
in Übersetzung und Nacherzählung
Herausgegeben
von Danielle Buschinger und Wolfgang Spiewok

Philipp Reclam jun. Stuttgart, 1991, S. 10

Im folgenden Teil wird Tristans ritterliche Bewährung eindrucksvoll vorgeführt. Er gewinnt sein väterliches Reich im Kampfe gegen Morgan wieder (den er tötet) und befreit das Reich seines Oheims von irischer Zinsknechtschaft, indem er den irischen Heerführer Morold im Zweikampf tötet. In diesem Kampf wird er selbst durch Morolds vergiftetes Schwert schwer verwundet, doch findet er dank seiner Klugheit und seiner wissenschaftlichen wie musischen Fähigkeiten (er wird zum Erzieher der irischen Prinzessin Isolde) Heilung bei der irischen Königin, der Schwester des erschlagenen Morold.

Hier wird der Begriff „Zinsknechtschaft“ zwar in einer Einleitung - die um 1990 geschrieben sein dürfte - verwendet, es darf aber vermutet werden, daß die Autoren ihn aber aus mittelalterlichen Texten übernommen haben.

5. Das Thema auf dem Hintergrund von Pressemeldungen:

5.1 Verkauf von Staatseigentum

Ich will hier nicht aktuelle Zahlen zur Ver-(und Über-)schuldung von privaten Haushalten, Unternehmen und der Staatshaushalte präsentieren. Die Zahlen findet man in vielen Veröffentlichungen, u.a. in dem weiter oben von J.H. erwähnten Beitrag von Helmut Creutz in der Zeitschrift *HumanWirtschaft* 3/2008. (www.zeitschrift-humanwirtschaft.de) Da der Verschul-

derung aber mit einer Vermögenskonzentration einhergeht, müßte ich dann auch der Frage nachgehen, wie sich das konzentrierte Vermögen auf unsere Demokratie, auf das marktwirtschaftliche System und auf die Unternehmenslandschaft auswirkt. Ich darf erinnern, das Ideal einer Marktwirtschaft ist ihre Ausstattung mit einer atomistischen Konkurrenz – eine nicht-übersehbare Anzahl von Anbietern stößt auf eine nicht übersehbare Anzahl von Nachfragern, kein Marktteilnehmer ist ohnmächtig, aber auch keiner kann den anderen aufgrund einer Markt-Macht manipulieren -. Von diesem Ideal entfernen wir uns aufgrund der Zinsknechtschaft immer mehr. Ich will hier anhand von ein paar Meldungen der Frage kurz nachgehen, wie die Politik, die Wissenschaft und die Presse mit unseren ökonomischen Problemen umgehen.

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) bringt auf der Titelseite in der Ausgabe vom 17. Juli 2008 einen Artikel, der wie folgt überschrieben ist und im ersten Teil lautet:

CDU will Ministerien verkaufen
Althusmann will Haushaltsprobleme lösen und schlägt vor:
„Veräußern und zurückmieten“

VON KLAUS WALLBAUM

Hannover. Aus der Führung der niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion wird der Ruf nach einem drastischen Einschnitt zur Haushaltssanierung laut: Das Land solle seine Immobilien verkaufen und anschließend zurückmieten. „Mit dem Erlös könnten die gewaltigen Etatprobleme im Jahr 2010; gemildert werden“, sagte der CDU-Finanzexperte Bernd Althusmann der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung. Er fordert eine „sorgfältige Prüfung“ eines solchen Verkaufes. -

Der Vorschlag von Althusmann wird bereits in Hessen und in Hamburg umgesetzt: Der Staat veräußert seine Bürogebäude; Ministerien und Schulungsheime an einen Investor und mietet sie anschließend zurück - teilweise mit sehr langfristigen Mietverträgen. Die hessi-

sche Landesregierung hat vor Jahren 18 Bürogebäude einer Leasingtochter der Commerzbank übertragen und dafür mehr als eine Milliarde Euro eingenommen. Dazu gehörten auch das Innen- und das Finanzministerium in Wiesbaden, außerdem das Frankfurter Polizeipräsidium.

Althusmann, der als Finanzexperte und zugleich parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion zu den einflussreichen Politikern gehört, schätzt die Chancen einer ähnlichen Aktion in Niedersachsen als „sehr gut“ ein.

Das Land besitze eine Fläche von 245 000 Hektar und zudem 5800 Gebäude - darunter 178 Einfamilienhäuser, 264 Wohngebäude, acht Schwimmhallen, 162 Schulungsgebäude und 22 Museen. Der Verkehrswert dieses Besitzes liege bei etwa fünf Milliarden Euro. „In Hessen und Hamburg hat sich gezeigt, dass das Modell erfolgreich läuft. Bei uns wurde bisher gezögert. Dafür gibt es jetzt keinen Grund mehr“, sagte Althusmann. Der Einwand der Kritiker, die Mietverträge wären womöglich zu lang und würden das Land zu stark binden, überzeuge nicht: „Man kann diese Verträge auch sehr flexibel gestalten.“ ...

Abgesehen davon, daß die Politiker im allgemeinen offensichtlich nicht mehr wissen, was einst die Bodenrechtsreformer (auch Ahnherren der SPD und FDP) umtrieb und die CDU-Aktivisten von heute keine Ahnung haben, daß Konrad Adenauer – sozusagen die personalisierte Ikone der CDU – als Oberbürgermeister von Köln und Präsident des Preußischen Staatsrates einst u. a. sagte:

Ich betrachte diese falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle alle physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden.³

Somit ist die Herabstufung des Bodens – die Existenzvoraussetzung aller Menschen – auf die Stufe eines gewöhnlichen Handelsgutes a) ein Verrat des marktwirtschaftlichen Grundgedan-

³ Entnommen: Adolf Damaschke, Die Bodenreform, 20. Auflage, 1923, S. 476

kens, nämlich des Leistungsaustausches, b) eine Verwässerung der Menschenrechte und c) ist die Methode, die da angestrebt oder schon praktiziert wird, ein Verfahren, die Bürger noch stärker in die Zinsknechtschaft zu zwingen.⁴

Wenn eine Regierung das Tafelsilber verscherbelt kann sie für eine Weile vergangene und gegenwärtige Fehler in der Finanzpolitik kaschieren – sie kann sie dadurch aber nicht aufheben. Bei einer Landtagswahl kann die CDU / FDP den Vorgang den Wählern wohl einmal als Haushaltssanierung verkaufen, danach nicht mehr. Gegen die Privatisierung von öffentlichen Vermögen läßt sich dann nichts sagen, wenn die Verkaufsargumentation sowohl finanzwirtschaftlich wie auch ordnungspolitisch stimmig ist. Aber Boden sollte die Öffentliche Hand grundsätzlich nicht verkaufen, sondern hier für nur meistbietend im Rahmen der Planungsvorgaben Nutzungsrechte vergeben. Und beim Verkauf von selbstgenutzten Gebäuden sollte die Landesregierung den Bürgern eine ehrliche Rechnung vorlegen. Gehen wir einmal von dem im obigen Bericht genannten Verkehrswert von fünf Milliarden Euro des zur Veräußerung stehenden Landeseigentums aus, betrachten es dabei als schuldenfrei und unterstellen wir, daß es sichergestellt ist, daß der Erlös auch tatsächlich für die Schuldentilgung verwendet wird. Realistischerweise gehen wir zusätzlich davon aus, daß die Kosten für die Gebäude (Versicherung, allgemeine Verwaltungskosten und Abschreibung für Abnutzung) als gemietete Objekte nicht weniger sind als im Zustand des Eigentums. Dann bleiben zum Vergleich nur noch der Zins als wesentlicher Bestandteil der Miete und der wegfallende Zins für die Schulden des Landes, die mit dem Verkaufserlös getilgt werden sollen. Da die Öffentliche Hand auf dem Kreditmarkt immer noch einen Bonus bei den Zinssätzen erhält und private Investoren sich bestimmt nicht einer Verzinsung ihres Kapitals mit einem Zinssatz – der für öffentliche Anleihen bezahlt wird - begnügen, hat der Steuerzahler pro Zeiteinheit nach einem Verkauf der öffentlichen Gebäude mehr zu bezahlen als vorher. Uns niedersächsischen Zinsknechte bliebe aus diesem Verkauf bei einem Kapitalwert von 5.000.000.000 € eine jährliche Zinslast bei einer Verzinsung:

- von 10% des Investoren-Kapitals eine jährliche Last auf ewige Zeiten von 500.000.000 €,
- bei 15 % „ „ „ „ „ „ „ „ „ 750.000.000 €,
- bei 20 % „ „ „ „ „ „ „ „ „ 1.000.000.000 €.

4 Die Neoliberalen zweiter Prägung werden ja dafür beschimpft, daß sie alle gesellschaftlichen Aktivitäten unter dem Gesichtspunkt der Rendite betrachten. In diesen Tagen bekam ich aus Stuttgart per E-Mail Auszüge aus Werken von Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, also von Neoliberalen erster Prägung. Ich füge ein Teil der Auszüge wegen des Umfanges als Anhang an, damit nachgelesen werden kann, wie der Inhalt von Neoliberalismus sich gewandelt hat. Für die Beurteilung des Gesamtkomplexes sind auch die Zitate von Peter Sloterdijk von Bedeutung.

Daraus ergibt sich eine Zinslast für die zurückgemieteten Objekte pro nieders. Einwohner bei einer Einwohnerzahl von rund 8.000.000 von 62,5 € / 93,75 € oder 125 € pro Jahr oder pro Erwerbstätiger (rund 3,6 Millionen) von rund 139 € / 208 € oder 278 €. ⁵

Nun heißt es ja in dem Artikel: „Für die Erwerber bestehe der Reiz, ein Abschreibungsobjekt zu bekommen.“ Steuerlich nutzbare Abschreibungen für die Gebäude über die real notwendigen Abschreibungen (oder Rückstellungen für den Unterhalt oder Sanierungen) hinaus, bedeuten indirekte Subventionen. Diese Subventionen mögen einen niedrigen Mietzins ermöglichen, gehen aber auch zu Lasten der Staatshaushalte durch Mindereinnahmen. Hier besteht die Möglichkeit, Lasten ohne Gesetzesgrundlage vom Land auf den Bund oder die Kommunen zu übertragen.

Am 11. Juli d. J. hat der Niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff auf seiner Sommertour beim Moor- und Fehnmuseum in Elisabethfehn Station gemacht. Meine Frau, zwei meiner Kinder und ich waren auch in Elisabethfehn, weil meine jüngere Schwester ihren 70. Geburtstag hatte. Als ich morgens Brötchen geholt hatte, hörte ich den Aufmarsch auf dem Museumsparkplatz und habe nachgeschaut, was dort so läuft. Ich traf dort einen Bekannten, der mit einer Verwandten dort ebenfalls auf dem Platz war, um dem MP mal nahe zu sein. Dieser Bekannte – offensichtlich einer der wenigen Bürger, die sich noch aus vollem Herzen mit einer Partei identifizieren können – sagte dann sinngemäß: „Der Wulff und die CDU haben noch wirtschaftlichen Sachverstand, die Roten – daß sagte schon mein Großvater – können nicht mit Geld umgehen.“ Wenn wir vom Umgang mit dem Geld sprechen, dann müssen wir vorerst klären, welche der drei Dimensionen wir meinen: Die haushälterische, die kapitalistische und die währungspolitische. Vermutlich meinte mein Bekannter die haushälterische Dimension des Geldes – wir konnten das vor Ort nicht klären, weil er zum MP drängte und ich mit meinen Brötchen die Familie nicht warten lassen wollte. Ich habe nun noch keine vergleichende Statistik zu sehen bekommen, aus der hervorgeht, ob die Zunahme der Verschuldung unter CDU- oder und SPD-Verantwortung rascher vonstatten gegangen ist.

Es kann sein, daß die SPD hier die Nase vorne hat, denn in der Übernahme des problematischen Teils von Keynes Lehren verschmolzen bei der SPD zeitweise die haushälterische und die währungspolitische Dimension des Geldes durch das Deficitspending ⁶ zu einem rational

⁵ Man darf aber nicht übersehen, daß dies nur ein Einzelposten in der Summe der Zinsbelastung ist. Die Zinsen, die in allen Preisen und Gebühren stecken, summieren sich auf rd. 1/3 des Nettoeinkommens der Bürger auf.

⁶ Mit Keynesianismus wird die von J. M. Keynes begründete Lehre bezeichnet, gemäß der ein Staat in Zeiten konjunktureller Schwäche durch eine Steigerung seiner eigenen Ausgaben die Nachfrage anschieben soll (sog.

nicht mehr handhabbaren Instrument. Wenn die Politik des Deficitspending über die Notenpresse betrieben wird und die Wirtschaftsleistung nicht entsprechend mitwächst, dann kommt es zur Inflation. Wenn diese Politik über die Kreditaufnahme staatlicher Kassen erfolgt, die erhofften staatlichen Mehreinnahmen ausbleiben oder die Mehreinnahmen nicht eisern zur Schuldentilgung verwendet werden, kommt es zur steigenden Verschuldung der Staatskassen. Die folgenden staatlichen Kreditaufnahmen dienen dann fast nur noch zur Begleichung der Zinsverbindlichkeiten.⁷ Über kapitalistische Dimension des Geldes - „Laß Dein Geld arbeiten!“ - will ich hier nicht besonders sprechen, mein ganzer Schrieb ist ja eine Kritik dieser Dimension und außerdem, fast jede Zeitung und jeder Sender sprechen mit dem Börsenbericht das Morgen- oder Abendgebet des Kapitalismus, dem zerstörerischen Überlagerungsprinzip der Marktwirtschaft. Tragisch ist die Wirkung der währungspolitischen und -theoretischen Dimension des Geldes zu nennen. Die Weimarer Republik wurde regelrecht durch die währungstheoretische Uneinsichtigkeit der Demokraten hingerichtet. Die verlogene Anwendung der Parole von der Brechung der Zinsknechtschaft durch die Nazis hat erst durch währungspolitische Blindheit der Demokraten ihre destruktive Kraft entwickelt. Die negative Rolle der SPD – die damals noch im Marxismus gefangen war - habe ich dokumentiert gefunden. Eine Entlastungsgeschichte in der Sache habe ich für die Liberalen und Konservativen noch nicht gefunden. Auch wenn sich die Unterschiede zwischen den Roten und den Konservativen immer mehr verwischen, kann man wohl sagen, daß die SPD glaubt, Gerechtigkeit über den Staatshaushalt herstellen zu können und die CDU mehr auf die Verteilungsgerechtigkeit hofft, die sie dem Markt zuschreibt. Nur beide Ansätze sind in der realexistierenden, kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft falsch. Und so lange die Politiker keine besseren ökonomischen Leitbilder in den Köpfen haben, ist es für sie - aber nicht für die Bürger – gut, wenn sie das Geldthema dadurch tabuisieren helfen, daß sie das Schlagwort von der *Brechung der Zinsknechtschaft* mit Gedankengut der Nationalsozialisten gleichsetzen. Ansonsten bleibt an dieser Stelle zu sagen:

Wenn schon über den Verkauf von Gebäuden der Landesregierung nachgedacht wird, sollte man gleich das Thema *Auflösung der Landesregierung und Übertragung seiner Funktionen auf die Kommunen, den Bund und privatrechtliche Föderationen* anhängen.

Deficitspending). Keynes entwickelt diese Lehre in seinem Buch "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes" von 1936. Wikipedia.

⁷ Und zwischen diesen beiden Wirkungen liegt die Stagflation = Inflation bei stagnierender Wirtschaftstätigkeit.

5.2 Inflation, unsichere Konjunktur und Zinsknechtschaft durch Energie?

Ebenfalls am 17. Juli 2008 meldet die HAZ auf der Titelseite:

Inflation auf höchstem Stand seit 14 Jahren 3,3 Prozent Teuerung/ Sorge vor Abschwung wächst

Berlin (ap/ddp). Die Verbraucherpreise in Deutschland sind im Juni so stark gestiegen wie seit 14 Jahren nicht mehr. Wegen der Teuerungswelle bei Energie und Nahrungsmitteln kletterte der Index in Deutschland auf 3,3 Prozent, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. In der Euro-Zone stieg die Inflationsrate nach Angaben des europäischen Statistikamts Eurostat von 3,7 Prozent im Mai auf 4,0 Prozent im Juni. Damit bestätigten die Behörden erste Schätzungen. In den USA stieg die Inflation mit 5,0 Prozent auf den höchsten Stand seit 26 Jahren.

Laut einer Forsa-Umfrage für das Magazin „stem“ sowie den Fernsehsender RTL denken die Deutschen über die Konjunkturaussichten so pessimistisch wie lange nicht mehr. Die 63 Prozent seien der schlechteste Wert, den das Forsa-Institut seit 1997 gemessen habe. Noch Anfang des Jahres hätten nur 40 Prozent der Bürger an eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geglaubt. Nur 14 Prozent der Deutschen seien derzeit optimistisch und glaubten, dass es künftig bergauf gehen wird. ...

Unsere Medien sind in der Regel in der Lage ihren Lesern und Hörern gemessene Inflationsraten und wirtschaftliche Stimmungen wiederzugeben, aber selten können die Journalisten und Redakteure die Ursachen erklären. Das liegt nicht an der mangelnden Intelligenz dieser Berufsgruppen, sondern daran, daß diese Intelligenz in den Hochschulen falsch programmiert wurde. Die Inflation, Deflation oder die Preisniveaustabilität wird gemessen mit dem Index, der mit Hilfe eines Warenkorb gebildet wird. Der Index mißt also den Durchschnitt aller Preise (in bestimmten Zeitpunkten oder Zeitabschnitten) der Waren, die im Warenkorb erfaßt werden. Natürlich kann auch die Entwicklung der Preise der einzelnen Waren festgestellt werden. Die Idee der Preisniveaustabilität mit Hilfe des Warenkorb ist aber, daß die umlaufende Geldmenge in einem Gleichgewicht mit dem Strom der Dienstleistungen und Güterproduktion gehalten wird, so daß sich die Kaufkraft des Geldes im Zeitablauf nicht verändert. Die Preise der einzelnen Waren und Dienstleistungen sollen dabei durchaus variieren. Könnten sie das nicht, hätten sie ihre Lenkungsfunktion verloren. Eine Marktwirtschaft wäre gar nicht möglich. Einzelpreise können also nie das Preisniveau in die Höhe treiben. Wenn das Öl zum Beispiel aufgrund seiner natürlichen oder künstlichen Knappheit bei steigender Nachfrage

einen höheren Preis durchsetzen kann, dann müssen – wenn die Zentralbank eine konsequente Stabilitätspolitik betreibt – andere Einzelpreisenachgeben. Die Preisniveaustabilität bliebe bewahrt. Eine solche Politik kann die Zentralbank aber nicht konsequent durchhalten, weil sie zwar über die Geldmenge bestimmen kann, aber heute nicht die Umschlaghäufigkeit (die Umlaufgeschwindigkeit / den Ausnutzungsgrad des Geldes) beherrscht.

Dieser Mangel verbietet der Zentralbank bei einem niedrigen oder sinkenden Zinsniveau eine konsequente Stabilitätspolitik, weil dann der – notwendig konstante - Geldkreis noch mehr leiden würde und die Gefahr des deflationär verursachten Konjunkturerinbruches besteht. In diesem Dilemma zwischen Auftrag und Möglichkeit versucht die betreffende Zentralbank sich dann mittels der Zinssätze, die sie für Kredite an die Geschäftsbanken verlangt, durchzulavieren. Das ist eine ziemlich irrationale Methode, weil hier wieder der Komplex *Zinsknechtschaft* zur Wirkung kommt. Weil die Zentralbank für die Geschäftsbanken die letzte Instanz ist, wo sie Kredite aufnehmen können, haben die Zentralbankzinssätze einen starken Einfluß auf das gesamte Zinsniveau in einer Volkswirtschaft. Der Zins ist nun aber die Pumpe mit der Einkommen und Vermögen von Armen zu den Reichen, vom Schuldner zum Gläubiger gepumpt werden. Dieser Effekt ist um so größer je länger der letzte totale Zusammenbruch einer Volkswirtschaft zurück liegt. Das liegt einfach an der zunehmenden Ersparnisbildung, der eine entsprechende Verschuldung gegenübersteht.

Beim Saldieren von Soll- und Habenzinsen gibt eine Gruppe unter den Wirtschaftsteilnehmern von 10 % die mit Plus-Minus-Null davon kommen, 10% Prozent sind die Gewinner des Geschehens und 80 % zahlen drauf, sind also die Zinsknechte. Eine Steigerung von einem halben Prozentpunkt der Zinsen kann aber bei stagnierendem oder sinkendem Einkommen den Häuslebauer schon in die Zwangsversteigerung, einem Unternehmer in den Konkurs treiben.

Ein anderes Problem wird aber in diesem Zusammenhang deutlich: Die steigenden Preise für Öl und Gas bedeuten auf der Abnehmerseite Kosten auf der Anbieterseite Gewinne. Wenn unsere Erde eine Einheit ist, die allen Menschen als Existenzgrundlage dient, wem stehen dann eigentlich die Gewinne aus dieser Knappheit zu? Den Investoren, die problematische Rechte an diesen Gütern erworben haben, den Staaten, die historisch entstanden sind und unter dessen Hoheitsgebiet das Gas und das Öl lagert oder eben allen Menschen dieser Erde. Wenn wir künftig Terrorismus und Kriege vermeiden wollen, müssen wir intensiv an dieser Frage arbeiten, besonders weil diese Geschichte ja noch weitere Akte hat: Die Gewinne aus

dem Öl und dem Gas kaufen die Unternehmen bei uns auf, deren Wert in der Hauptsache von den Arbeitnehmern geschaffen wurde, an denen sie aber trotzdem kein Eigentum im wesentlichen Umfang erworben haben. Unsere Bürger finanzieren über die Öl- und Gaspreise die „Investoren“⁸, ihre neuen Herren, die dann noch zu ihnen sagen: „Ihr müßt Euch schon krumm machen, denn wir erwarten für unseren Kapitaleinsatz eine Rendite (Zins) von 10, 15, 20, 25 %.“

Heute am 22. Juli erhielt ich von Jens Hakenes (www.INWO.de) eine Mail mit dem Betreff: „Der Mainstream entdeckt Silvio Gesell – Kommentar in der Berliner Zeitung von heute!“, einen Ausschnitt von dem Artikel „Bremse für Casinokapitalismus“ von Thomas H. Wendel und einen Link zur Berliner Zeitung.

(<http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/0722/meinung/0012/index.html>)

Unter der Überschrift "Bremse für Casinokapitalismus" kommentiert Thomas H. Wendel die geplanten Entlassungen bei Siemens und kommt dabei auf den verantwortlichen Renditewahn, den "weltweiten Überhang an Kapital" und die "Wirtschaftstheoretiker Silvio Gesell und John Maynard Keynes" zu sprechen:

"Was gebraucht wird, wäre somit also eine Spekulationsbremse für Kapital. Überzähliges Geld müsste auch dann investiert werden, wenn sich Renditen nicht an den Casinowetten auf den Finanzmärkten orientierten. Die Wirtschaftstheoretiker Silvio Gesell und John Maynard Keynes haben dazu schon vor rund 80 Jahren vorgeschlagen, auf brach liegendes Geldkapital eine Strafsteuer zu erheben."

"Ein negativer Zins soll die Spekulation mit Zahlungsmitteln zu einer teuren Angelegenheit machen und so die Renditeerwartungen von Investoren auf nahe null Prozent drücken. Politik, Zentralbank und die konventionelle Wirtschaftswissenschaft täten gut daran, sich mit solchen Vorschlägen zu befassen. So lange sie es nicht tun, lassen sich die Jobvernichter eher in Banken, Börsen und Regierungen ausmachen - und nicht in der Siemens-Zentrale in München."

Ich nehme die Nachricht zum Anlaß, um das weiter oben angeführte Zitat von Gesell noch weiter fortzuführen um danach zur Wissenschaft, zur Ernennung der Leopoldina in Halle zur Nationalakademie der Wissenschaften zu kommen:

Wenn wir uns dazu verstehen können, im Interesse einer wirklich vernünftigen

8 Hier hat ein Begriffswandel stattgefunden. Früher waren Investoren jene Unternehmer, die Realkapital einsetzten. Die heutigen Investoren waren Finanziers.

Währungspolitik und aus Rücksicht auf die gewaltige Bedeutung des Geldwesens, die erwähnte Maßregel zu ergreifen, so käme von allen Vorschlägen, die in dieser Beziehung gemacht werden können, ein

- 86 -

Papiergeld in Betracht, wie ich es in dem sogenannten „Physiokratischen Geld“ entworfen habe.

Mit diesem von allen anderen Geldarten sich scharf abhebenden Reformgeld würde die Reichsbank überhaupt erst in die Lage versetzt werden, das Ziel einer vernünftigen, wahrhaft kaufmännischen Währungspolitik zu erreichen, nämlich den Handel vor allen Konjunkturschwankungen zu schützen. Das Eigenartige an diesem Geld ist, daß es sich die Waren, deren Austausch zu vermitteln es ja bestimmt ist, unmittelbar als Vorbild genommen hat. Niemand, der etwas vom Handel, vom Tausch der Produkte versteht, wird leugnen, daß als Ideal eines Tauschmittels derjenige Gegenstand zu betrachten ist, der der Natur der übrigen Waren so getreu wie möglich angepaßt ist. Dieses Ideal ist im Reformgeld verkörpert. Es ist mit dem Extrakt aller üblen Eigenschaften der Waren behaftet. Dieses Reformgeld ist von dem hohen Postament, auf das man das herkömmliche Geld gestellt hat, heruntergestiegen und hat sich zu denen gesellt, denen es helfen, denen es Tauschmittel sein soll. Es ist ja wahr, vom Standpunkt der Kapitalisten, der Wucherer und Spekulanten betrachtet, ist dieses neue Geld wirklich ein scheußliches Geld. Es untergräbt den Boden, auf dem das Kapital, der Wucher, die Spekulation, der Profit, heute so üppig gedeihen. Aber um so feiner läßt sich dieses Geld den Bedürfnissen der Volkswirtschaft anpassen. Dieses Geld hat die Eigenschaft, unter allen Umständen seinen Heißhunger nach Waren zu behalten. Es ist unersättlich wie ein Wolf. Einerlei, was sich im Leben der Völker ereignen mag, dieses Geld ist immer da und versagt seine Vermittlung im Austausch der Produkte niemals. Unter allen nur denkbaren Umständen erscheint es mit der gleichen Regelmäßigkeit auf dem Markte, um seinen Dienst, seine Pflicht, seinen Zweck zu erfüllen, um den Waren den nötigen Absatz zu verschaffen. Niemand kann dieses Geld dem Verkehr entziehen; weder die Sparer, noch die Bankiers und Spekulanten. Wer es tut, der wird bestraft. Das Geld selbst fällt das Urteil

- 87 -

und vollstreckt es eigenhändig. Den Geldbetrag dieser Strafe liefert das Geld auch wieder eigenhändig an die Staatskasse ab.

Dementsprechend ist darum auch die Nachfrage nach Waren eine vollkommen gleichmäßige. Treten aus natürlichen Ursachen Schwankungen im Angebot ein (etwa weil die Produktionsmittel verbessert werden), so kann die Nachfrage unmittelbar diesen Schwankungen dadurch angepaßt werden, daß der Staat durch die Reichsbank mehr Geld im Umlauf setzen, oder aber solches einziehen und verbrennen läßt. Unter solchen Umständen sind die für den Handel so überaus gefährlichen Konjunkturschwankungen überhaupt nicht mehr denkbar. Zwar in einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft können nach wie vor Umwälzungen stattfinden (durch neue Erfindungen) aber Umwälzungen allgemeinen Charakters, Wirtschaftsseuchen, sog. Krisen, fallen fortan weg. Würden sie sich dennoch

wiederholen, so läge das an irgend einer Fahrlässigkeit der öffentlichen Verwaltung des Geldes, die man zur Verantwortung ziehen würde.
(S. Gesell, Gesammelte Werke Band 8, ohne Hervorhebungen)

5.3 Erlösung von der Zinsknechtschaft durch die Wissenschaft?

„Leopoldina in Halle zur Nationalakademie der Wissenschaften ernannt!“, hieß es in der Tagesschau um 02:55 Uhr vom 15.07.2008. Unter www.derwesten.de ist zu lesen:

Halle. Die Leopoldina in Halle ist in einem Festakt zur Nationalen Akademie der Wissenschaften ernannt worden. «Als freie und unabhängige Gelehrtenengesellschaft soll sie die Wissenschaft in Deutschland auf internationalen Bühnen vertreten und zugleich hierzulande Politik und Gesellschaft beraten».

Das sagte Bundespräsident Horst Köhler laut Redetext in seiner Ansprache. Bei globalen Themen wie der Zukunft der Energienutzung, der Verbesserung von Gesundheitsstandards oder dem Schutz des geistigen Eigentums brauche die Politik wissenschaftliche Beratung. «Beratung heißt: Entscheidung zu ermöglichen», sagte Köhler, der die Schirmherrschaft übernommen hat.

Dabei müsse die Wissenschaft als guter Ratgeber ihren eigenen Prinzipien treu bleiben und ihre unabhängige Rolle bewahren. Wenn die Wissenschaft nicht zum Lobbyisten werden wolle, müsse sie offen sein für Widerspruch. Transparenz und die Bereitschaft, eigene Interessen zurückstellen, seien notwendig. «Fachchinesische Verlautbarungen aus dem Elfenbeinturm» würden den Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit ebenfalls nicht helfen, mahnte Köhler.

Die Tradition der naturwissenschaftlich-medizinischen Leopoldina reicht mehr als 350 Jahre zurück. Ihren Sitz hat die Akademie seit gut 130 Jahren in Halle an der Saale. Ihr gehören derzeit rund 1300 Wissenschaftler weltweit an, darunter 32 Nobelpreisträger. Die Wissenschaftler sollen künftig eng mit der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften zusammenarbeiten. Die Hauptaufgabe der Nationalakademie wird die Politikberatung sein sowie die Repräsentanz der deutschen Wissenschaft im Ausland. ...

Politikberatung heißt: Für und Wider fundiert darlegen

Politikberatung soll die neue Nationalakademie machen - etwa bei Zukunftsfragen wie dem Klimawandel und der alternden Gesellschaft. Doch Leopoldina-Präsident Volker ter Meulen erhebt dabei für seine neue Nationalakademie keinen Universalanspruch: «Wir können nicht alle Fragen der Lebensproblematik eines Volkes klären» - oder dabei «gar das Rad neu erfinden», sagt der angesehene Virologe. Es gehe vor allem darum, der Politik bei schwierigen Entscheidungen das Für und Wider fundiert darzulegen.

Sein Kollege aus Halle, der Naturforscher Alexander Kekulé, bezweifelt denn auch, dass die Wissenschaft bei grundlegenden Problemen wie etwa der Kernenergie oder der Stammzellenforschung selbst in einer Deutschen Nationalakademie mit einer Stimme sprechen kann: «In der Wissenschaft gibt es so viele Meinungen wie Wissenschaftler.»

In der Wochenzeitung DIE ZEIT Nr. 30 vom 17. Juli 2008 heißt es dazu auf der Titelseite in einem Artikel von Andreas Sentker unter der Überschrift:

Laut soll sie leben
Die neue Nationale Akademie versammelt die Elite der Wissenschaft:
Von ihrem Rat kann die Politik nur profitieren

Forscher und Politiker können gar nicht anders, sie reden aneinander vorbei. Forscher sind an Fragen interessiert, Politiker an Antworten. Forscher wollen der Wahrheit möglichst nahekommen, Politiker der Wählbarkeit.

Was also können jene 1250 Forscher ausrichten, die in dieser Woche zu Ratgebern der Nation ernannt wurden? Wie soll sich die zur Nationalen Akademie der Wissenschaften gekürte Gelehrtenvereinigung Leopoldina von Halle aus bundesweit Gehör verschaffen? Strahlen ihre 32 Nobelpreisträger und ihre mehr als 350 Jahre währende Geschichte genügend Autorität aus, um auch unliebsame Erkenntnisse auf die politische Tagesordnung zu setzen? ...

Es reicht dabei nicht aus, die übliche Kakophonie der widerstreitenden Expertenmeinungen, der Gutachten und Gegengutachten zu übertönen. Im Kampf gegen Krankheiten, beim Umbau des Bildungswesens oder in der Debatte über den Klimawandel sind die notwendigen Maßnahmen oft unbequem und teuer. Sie durchzusetzen, bedarf es unzweifelhafter Autorität.
Der Glaube an die Wissenschaft ist jedoch nicht ungebrochen. Stammzellforschung, Gentechnik, Kernenergie - wer hier Stellung bezieht, gerät rasch unter Ideologieverdacht. Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit sind darum Grundvoraussetzungen der Politikberatung.

Wissenschaft kann fehlerhaft oder von persönlichen Interessen geleitet sein. Sie bietet keine Wahrheiten, sondern nur Wahrscheinlichkeiten. Zudem ist per definitionem alles Wissen vorläufig - bis zum Beweis des Gegenteils. Das Bekenntnis der Wissenschaft zu ihren Grenzen und Schwächen gereicht ihr in der politischen Debatte leider nicht zur Stärke. Ihre Pluralität wird oft mit Beliebigkeit, ihre Vorsicht mit Unentschlossenheit verwechselt – und ausgenutzt. Politiker suchen nach Bestätigung ihrer Position und finden sie fast immer. Zu jedem Gutachten eine Gegenstimme, zu jeder Option eine Alternative. Stärker als der Bedarf nach wissenschaftlicher Expertise steigt der Bedarf nach wissenschaftlichem Dekor, nach der scheinbar fundierten Legitimation politischer Ansichten.

Gegen den drohenden Missbrauch ihrer Expertise kann und darf sich die neue Nationale Akademie nicht allein mit der verführerischen Autorität des Nationalen in ihrem Namen schützen. Sie muss aus den Fehlern der bisherigen Politikberatung lernen. ...

Mit ihrem neuen Namen geht es der Leopoldina wie den jüngst gekürten deutschen Spitzenuniversitäten: Exzellente sind sie noch lange nicht, sie müssen es noch werden. Das Geld aus dem Elitewettbewerb haben sie nicht als Belohnung für Geleistetes erhalten, sondern als Investition in die Zukunft. Die Leopoldina ist zur Nationalakademie ernannt worden. Auch das ist eine Zielvorgabe.

Sie muss sich nun auf den Weg machen. Im Streit um Kern- und Genforschung, Klima- und Bildungskatastrophe reißen die alten ideologischen Gräben immer wieder auf. Höchste Zeit, die Politik auf eine rationale Basis zu stellen.

ooooo

Fragen zu den Meldungen über die Nationale Akademie:

1. Kann die Leopoldina überhaupt eine freie und unabhängige Gelehrten-gesellschaft sein, da sie doch ordnungspolitisch gesehen eher Teil einer Zentralverwaltungswirtschaft als Teil einer Freiheit ermöglichenden Verkehrswirtschaft ist ?
2. Wenn unser Bundespräsident Köhler die Verbesserung des Schutzes des geistigen Eigentums (des Patentrechts) zur Aufgabe der Nationalen Akademie macht, ohne zu thematisieren, welches geistige Eigentum kollektives und welches individuelles sein kann und wer die Kosten des Schutzes zu tragen hat, dann kann er als Aufgabe der neuen Akademie auch machen, die Bodenrente und die Rendite des investierten Geldes zu sichern – also für die Aufrechterhaltung der Zinsknechtschaft zu sorgen. Oder?
3. Seit über 100 Jahren wird „bürgerlichen“ und „sozialistischen“ Gesellschaftswissenschaftlern in Bezug auf die Erklärungen für die Vermögenskonzentration und die Konjunkturabläufe von der von Silvio Gesell gegründeten Freiwirtschaftsschule widersprochen. Bis heute haben bestimmt 95% der Wissenschaftler diesen Widerspruch – obwohl unübersehbar präsentiert – nicht zur Kenntnis genommen oder vorurteilsfrei überprüft. Sie beraten – organisiert in teuren Gremien oder Instituten – die Politik auf unnötig unsicherer Basis. Wieso nimmt man an, daß dies mit der Gründung

einer nationalen Akademie anders werden könnte?⁹

4. Die Bescheidenheit, die in der Aussage des Leopoldina-Präsidenten zum Ausdruck kommt, ehrt ihn. Aber wenn die Wissenschaft der Politik das Für und Wider erklären will, müßte diese dann nicht zuerst das Für und Wider im eigenen Erkenntnisprozeß zulassen?

5. Kann die Politik wirklich vom Rat der Wissenschaft profitieren? Es kommt ja nicht nur auf die Qualität eines Rates in einer konkreten Situation an, sondern auch auf das Vorverständnis der Ratsuchenden, das von ihrer eigenen Prägung in der Ausbildung und im Studium mit bestimmt wird. Haben die in der Politik tätigen Hochschulabsolventen in Bezug auf die Lehren von der Gesellschaft denn vielmehr als Glaubenssätze vermittelt bekommen. Werden in den Examina nicht die korrekte Wiedergabe dieser Glaubenssätze prämiert und nicht die Fähigkeit zum eigenen Denken und Urteilen? Wenn diese Überlegungen stimmen, kann dann der Ratsuchende, der keynesianisch geprägt ist, überhaupt mit dem Rat eines an Milton Friedman geschulten Ratgeber etwas anfangen? ¹⁰

6. Die Gründung der Nationalen Akademie weckt einmal mehr den Eindruck, Wissenschaft sei nur dann Wissenschaft, wenn sie institutionalisiert - und damit bürokratisiert - ist. Ist Wissenschaft aber nicht vorwiegend eine Geisteshaltung, einer Fra-

⁹ Aber selbst, wenn man annimmt, die Wissenschaft könne richtig beraten, ist das Beratungsproblem noch nicht gelöst. Hören wir den Ex-Bundeskanzler Ludwig Erhard:

Wir haben z. B. im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, durch das ein Sachverständigengremium geschaffen wurde mit dem Zweck, die gesellschaftlichen Tatbestände, die ökonomische und soziale Situation zu objektivieren, sie richtig darzustellen, um dann zu einem sicheren Urteil zu gelangen. Alle Fraktionen der Regierung und der Opposition haben diesem Gesetz zugestimmt, und die Organisationen und die Verbände haben es an Beifall nicht fehlen lassen.

Soweit so gut. Aber wenn Sie glauben, daß dieses Gesetz große Auswirkungen gehabt hätte und daß der eigentlich beabsichtigte Zweck erfüllt worden wäre, dann irren Sie sich. ...

Aus: Gesamtpolitische Ziele in: Was müssen wir für die freie Welt tun?, ASM, Tagungsprotokoll Nr. 24, 1965, S.96

¹⁰ Die Bildung von Schulen in der Wissenschaft ist durchaus sinnvoll, weil sie den geistigen Wettbewerb stimulieren. Die Dogmenblindheit ist das Problem.

ge der Methode, der Konzentration, des zeitlichen und sachlichen Aufwandes – also wie Heidrun Abromeit zur Demokratie sagt - eine Verfahrensweise?

00000

Eröffnungsvortrag der Jahrestagung von Mehr Demokratie e.V. 2008

„Wozu braucht man Demokratie?“

Heidrun Abromeit

Wozu braucht man Demokratie?

<http://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdfarchiv/bund/2008-jahrestagung-vortrag-abromeit.pdf>

00000

7. Wenn Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit Grundvoraussetzungen für die Politikberatung durch die Wissenschaft sind, wie will sich die Wissenschaft – und ich denke hier vor allem an die Gesellschaftswissenschaften – diese Eigenschaften erwerben? Nach meinem Kenntnisstand haben wir Stalin, Hitler und andere Diktatoren vor allem den Brotgelehrten zu verdanken. Die Analyse des Komplexes *Brechung der Zinsknechtschaft*¹¹ wartet auf unabhängige Wissenschaftler. Gibt es – unter diesen meist honorigen und sympathischen Menschen – mehr davon als man mit den Fingern einer Hand abzählen kann?

5.4 Ökonomie zwischen Erlösungsreligion und Rechtfertigungsideologie

Die Gefahr, daß eine Ökonomieschule zur Erlösungsreligion wird, besteht wohl immer, auch für die Freiwirtschaftsschule. Das liegt vielleicht auch daran, daß der Einsatz für die allgemeine Anerkennung einer ökonomischen Lehre mit Verzicht und Frustration in der Regel in der Gegenwart verbunden ist. Dieser Gegenwartsverzicht lechzt nach Ausgleich in der Zukunft, wenn die Lehre endlich anerkannt und angewandt wird. Ich kann mich noch an das erwartungsvolle Glänzen in den Augen eines Dozenten der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg erinnern als Karl Schiller 1966 Wirtschaftsminister in Bonn wurde. Das Licht in den Augen war sicher bald gebrochen, weil die Praxis nicht das hielt, was die Theorie versprochen hatte. Das Ergebnis einer angewandten Theorie wird häufig so glänzend beschrieben, daß der Blick für die Konsequenzen der Durchführung getrübt wird. Der Weg in die Knechtschaft (Friedrich August von Hayek) ist mit guten Absichten gepflastert. In Wikipedia las ich über Hayek:

11 Und der Begriff Zinsknechtschaft ist sachlich gesehen ein Synonym für Kapitalismus. Er brachte einst die Sorgen und Ängste zum Ausdruck, die heute vielfach mit dem Begriff Globalisierung bezeichnet werden. Die Gleichsetzung von Marktwirtschaft und Kapitalismus muß endlich als eine verschleierte Verteidigungsstrategie des Kapitalismus entlarvt werden. Dazu siehe die Zitate von Alexander Rüstow im Anhang.

Er schrieb zum 20-jährigen Bestehen des Institute of Economic Affairs im Jahre 1977:

„Ich bin stets davon überzeugt gewesen, dass wir, so wir unsere wirtschaftliche und politische Freiheit behalten wollen, unsere Bemühungen auf die Bekehrung der Intellektuellen in ihrer Eigenschaft als Meinungsmacher richten müssen.“

Diese Aufforderung ist sicher berechtigt, wenn man bedenkt, daß der Marxismus „Das Opium der Intellektuellen“ war (ist ?), so der Titel einer Besprechung von Karl-Ludwig Baader des Buches „Kommunismus als Religion – Die Intellektuellen und die Oktoberrevolution“ von Michail Ryklin aus der ich nachfolgend noch zitiere. Aber auch Menschen mit der Kennzeichnung „Intellektueller“ suchen sich keine ökonomische Theorie aus, um ihre Mitmenschen zu schaden, sondern eher um ein überökonomisches Anliegen (z.B. die Minderung des Leides der Menschen) zu befördern. Da aber für die Antwort auf Wohlstand in Freiheit oder Knechtschaft wesentlich ist, ob eine Theorie mit dezentralen oder zentralen Instrumenten arbeitet, muß eine Wissenschaft, die Politikberatung betreiben will (oder soll) im Vorfeld erst einmal klären, warum sich so viele Intellektuelle in der Vergangenheit und Gegenwart für zentralistische Lösungen begeistert haben und begeistern. Es könnte z. B. sein, daß das eigene Machtstreben des Beraters und des Intellektuellen die Entscheidung für den zentralen Weg diktiert, wozu denn auch gehört, den Staat erobern zu wollen, um mit seiner Hilfe den Menschen zu ihrem Glück zu zwingen. Hier schließt sich die Frage an: Ist das Streben nach Macht biologisch vorgegeben oder ein Produkt der Erziehung. Wenn es biologisch vorgegeben ist, warum ist es dann so unterschiedlich ausgeprägt.

Nun der Ausschnitt aus der Rezension von Baader aus der HAZ vom 21. Juli 2008:

Das Opium der Intellektuellen

Wenn Atheisten zu Gläubigen werden:

Michail Ryklins Untersuchung über den „Kommunismus als Religion“

Marx verstand Religion als „Opium des Volkes“ - und war überzeugt, dass das Bedürfnis nach Religion verschwinden wird, wenn der Mensch in einer kommunistischen Gesellschaft lebt. Die Bolschewisten wollten nicht auf das Absterben der Religion warten, sondern sie gleich nach ihrer Machtergreifung umbringen - mit dem paradoxen Ergebnis, dass ihr radikaler Atheismus selbst Züge eines religiösen Glaubens annahm.

Diese - nicht neue - These entwickelt der russische Philosoph Michail Ryldin schlüssig in seiner Untersuchung „Kommunismus als Religion“, die im „Verlag der Weltreligionen“, also unter dem Dach der Suhrkamp-Verlagsgruppe, erscheint. In vielen Einzelstudien untersucht er, wie der Glaube an die Oktoberrevolution zum

„Opium der Intellektuellen“ (Raymond Aron) wurde. Da vernebeln die Hoffnung auf das Neue und der Hass auf das Alte den Blick vieler Schriftsteller für die Wirklichkeit, eine aus dem Nebel der Zukunft aufsteigende imaginäre Welt verdeckt die Realität des stalinistischen Massenterrors.

Eine der Wirkungsbedingungen dieser Religion war die Leugnung, dass es sich bei der Dogmatisierung des Atheismus überhaupt um einen religiösen Vorgang handelte. Laut Lenin war die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei mit dem Glauben an Gott nicht vereinbar. Es blieb nicht bei antireligiöser Massenpropaganda, es wurden auch Kirchen abgerissen oder umgewidmet. Und den Massen ein einbalsamierter Lenin als Verehrungsobjekt geboten. Sein Mausoleum wurde zum Zentrum eines neuen Kults. Die KP trat als Schöpfer einer (neuen) Welt an die Stelle Gottes und fühlte sich nur „dem Gericht der Geschichte“ verantwortlich. Verbrechen gegen die Sittlichkeit waren durch ihr Ziel, eine höheren Sittlichkeit, gerechtfertigt.

Für nicht wenige (bürgerliche) Intellektuelle wurde Moskau zum proletarischen Mekka. So gingen denn viele von ihnen, ob nun Kommunisten oder „Weggefährten“ (meist sympathisierende Intellektuelle, die nicht der Partei beigetreten waren), auf Pilgerreise in ihr gelobtes Land. ...

Ich habe noch keinen Buchtitel gesehen, der eine Untersuchung über die Glaubenselemente in der „bürgerlichen“ Ökonomie und Politik ankündigt. Eine Berechtigung hätte eine solche Untersuchung allemal. Der Autor / die Autorin müßte dann nach meiner Einschätzung aber eher von Rechtfertigungsideologie, anstatt von Religion sprechen. So wie der Kommunismus die zur Religion gewordene falsche Antwort auf die Frage nach der Lösung der Zinsknechtschaft war, so ist der Begriff *Soziale Marktwirtschaft*, der am Anfang seiner Propagierung die Überwindung der Zinsknechtschaft einschloß, heute zu einem Verteidigungsinstrument der Zinsknechtschaft geworden.

Man könnte ja sagen, daß es besser sei, Menschen engagieren sich für und orientieren sich an einer problematischen ökonomischen Theorie oder an einem kruden Gesellschaftsbild, als das sie desinteressiert die gesellschaftliche Wirklichkeit an sich vorbeiziehen lassen. Nur, wer an eine untaugliche Theorie oder ein unbrauchbares Gesellschaftsbild gebunden ist, kann bestenfalls durch die Produktion von Widerspruch für eine bessere Zukunft wirken.

6. Schlußbemerkungen

Wie man nicht nur an dem vorliegenden Text sehen kann, versuche ich einen in mir aufkommenden Gedanken an alten Quellen und aktuellen Meldungen abzuarbeiten. Zitate aus historischen Quellen bringe ich auch im Anhang. Bei meinem „Abgang“, meinen Schlußbemerkungen, beziehe ich mich vorwiegend auf aktuelle Meldungen. Als erstes nehme ich Bezug auf die Rede des US-Präsidentschaftsbewerbers Barack Obama. (Kandidat seiner Partei ist er zu diesem Zeitpunkt ja noch nicht.)

Obama war heute, am 24. Juli 2008, bei mir per Fernseher im Wohnzimmer. Auch ich war von seiner Rede beeindruckt. Meine Bewunderung ist auch dann noch da, wenn ich bedenke, daß der Inhalt seiner Rede nicht das Ergebnis der eigenen Haltung und des eigenen Nachdenkens ist, sondern das Produkt von Wahlkampfstrategen (also ein moderner Mißbrauch von Wissenschaft). Sein Aufruf für die Freiheit und gegen Krieg, Terrorismus und Hunger zu wirken, deckt sich inhaltlich ja mit meiner Auseinandersetzung mit dem Begriff *Zinsknechtschaft*. Ich frage mich aber: Was wäre, wenn Obama meinen Text hätte vor seiner Rede lesen können? Hätte er verstanden, daß ich den Inhalt weiter Teile seiner Rede behandelt habe? Wenn ja: Hätte er in seiner Rede darauf eingehen können, ohne seine Wahlchancen rapide herabzusetzen? Vielleicht ahnt oder weiß er von den Zusammenhängen und sagt sich, darüber kann ich erst nach meiner Wahl sprechen. Würde er dafür eine spürbare Unterstützung aus der Wissenschaft erhalten? Würde er das überhaupt politisch oder leiblich überleben? Es gibt ja nicht nur den Terrorismus der Ideologen und der Unterdrückten, der sich aus der offensichtlichen Ungerechtigkeit der Weltökonomie nährt, sondern noch zwei weitere Terrorismen. Den einen können wir *strukturellen Terrorismus* nennen, er zwingt die im System gefangenen Akteure zum zerstörerischen Handeln wenn die Rendite global oder sektoral nicht mehr stimmt. Den anderen Terrorismus würde ich legalistischen Terror nennen. Menschen einer bestimmten Denkrichtung erwerben offen oder verdeckt die Macht im Staat und erklären (möglichst nach einem demokratischen Ritual) ihr Denken zum Gesetz, bei dessen Nichtbeachtung die Polizei oder das Militär in Marsch gesetzt wird.¹² Auch im „freiesten Land der Welt“, den USA gibt es diesen legalen Terror. Ich denke dabei nicht nur an Guantanamo, sondern auch an das Wirken der Geheimdienste.

Die HAZ vom 26. 7. 2008 brachte unter dem Titel:

¹² Damit legale Macht nicht zum Terror wird, ist es wichtig, ständig seine Legitimität zu überwachen.

„Mythos und Wirklichkeit: Das FBI wird 100 Jahre
Die amerikanische Bundespolizei feiert heute Geburtstag –
und ist so umstritten wie eh und je“
von Andreas Geldner

...

Unter der 48 Jahre lang währenden Führung des berühmtberüchtigten FBI-Chefs Edgar Hoover, der seit 1924 bereits die Vorgängerorganisation leitete, hat das FBI echte und vermeintliche Kommunisten ebenso beschnüffelt wie Bürgerrechtler und Gewerkschaftler. Eines der prominenten Opfer war beispielsweise Martin Luther King. Hoover schreckte auch nicht davor zurück, Präsidenten und Minister wie John F. Kennedy und dessen Bruder Robert bis hinein in deren Liebesleben auszuforschen. Es heißt, dass Hoover mit einer Drohung, eine Affäre des damaligen Justizministers Robert Kennedy zu enthüllen, seine geplante Entlassung vereitelte.

...

Aber den Geheimdiensten werden ja noch viel schlimmere Dinge zugeschrieben, die mit oder ohne Wissen der jeweiligen Präsidenten ausüben. Ein guter Kandidat muß nicht automatisch ein guter Präsident sein. Es gibt keine Gewähr dafür, daß ein als gut befundener Anwärter auf ein leitendes Staatsamt kein heimlicher Terrorist wird. Aber gehen wir im vorliegenden Fall davon aus: guter Kandidat = guter Präsident. Matthias Koch schreibt in seinem Leitartikel „Das Mysterium Obama“ in der HAZ vom 26.7. 08 u.a.:

Er glaubt an den ganz großen Ausgleich: zwischen Arm und Reich, Nord und Süd, Schwarz und Weiß. Woher er dabei seinen Optimismus nimmt, ist eine der vielen Fragen angesichts des Mysteriums Obama.

Na ja, ganz bestimmt wird dieser Optimismus nicht von Beiträgen der Redaktion der HAZ gespeist. Aber wenn auch Obama die Möglichkeit des Ausgleichs auch nur fühlt, ist dies a) ein Fortschritt und b) kann sachlich unterbaut werden. Aber wirklich etwas Großes bewegen kann ein Präsident der USA nur, wenn er von der Mehrheit in seinem Wirkungsbereich in seinem Wollen und Tun gestützt wird. Die Mehrheit kann aber nur stützen, wenn sie selber glaubt oder weiß, daß der große Ausgleich möglich ist. Wissen und Glauben muß man sich aber erarbeiten. Unsere Medien werden schon dafür sorgen, daß die Völker unwissend bleiben. Obama wird deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit eine Sternschnuppe sein, die für einen Moment das Elend dieser Welt erhellt, um dann wirkungslos am Himmel zu verglühen.

Auch wenn ich bei dem ZDF-Bericht über Obama zwischendurch befürchtete, daß die Menschen auf die Knie fallen könnten, um ihn zu bitten, daß er ihr Führer und die BRD ein Mit-

glied USA werden dürfe, will ich nicht pessimistisch, sondern auffordernd mit einem Zitat eines anderen großen Amerikaners – der auch in der Zitatensammlung im Anhang von Wilhelm Röpke als Wegweiser benannt wird - enden. Eigentlich wollte ich noch näher auf eine Meldung der Süddeutschen Zeitung vom 9. Juli 2008 eingehen, in der es heißt, daß in einer Internetumfrage in Rußland Stalin zum größten Helden ausgerufen wurde. Ich sehe hier kein Versagen der Politpropaganda, sondern ein Versagen der westlichen Politikberatung und deren Wirkung nach Fall des Eisernen Vorhanges. Dann will ich noch in aller Kürze versuchen, die Verknüpfung zwischen dem Leitartikel der ZEIT Nr. 30 vom 17 Juli und meinen Ausführungen sichtbar machen und danach auf das Ende der Schriftreihe das „Kursbuch“ eingehen, von dem ich auch ein paar Exemplare zu Hause habe.

Es heißt auf der Titelseite der ZEIT.

Wie ticken die Linken?

Ihre Hoffnungen und Frustrationen, ihre Gegner und Vorlieben,
ihre Änste und Triumphe:
Eine Reise hinein in die rote Seele, die nicht Lafontaine allein gehört.

In zwei Artikeln von Stephan Lebert und Frank Drieschner geht DIE ZEIT diesen Fragen nach. Erst hatte ich nach dem Lesen das Gefühl auch nicht schlauer geworden zu sein. Aber es steht doch mehr in den Beiträgen drin, als ich beim ersten überfliegen wahrgenommen habe.

Claus Peymann, der Regisseur, kommt zu Wort. Lebert berichtet:

Wieder am Grab von Brecht. Drei große Stücke des alten Kommunisten hat Peymann in den letzten Jahren inszeniert, darunter die linken Lehrstücke Mutter Courage und Die Heilige Johanna der Schlachthöfe. Er habe schon früh nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion geahnt, dass man das Ideal einer gerechteren Welt ohne den sozialistischen Traum nicht träumen kann. Für ihn sei der Sozialismus bis heute die Fortsetzung des Christentums ohne Gott.

Er habe Brecht wieder inszeniert, nach 30-jähriger Pause, weil die Zeit danach geschrien habe, weil es eben keine besseren Stücke über den Schrecken und die Mechanik des Kapitalismus gebe, über die neuen Weltmonopole, die man beschönigend als Globalisierungsfolgen bezeichnet. Niemand habe diese eisigen Strukturen besser beschreiben können.

Klar stimme der Vorwurf, richtig modern sei Brecht nicht gerade, »doch, ich habe keinen besseren Spiegel gefunden, den ich dem Zeitgeist entgegenhalten kann“.

Ursprünglich hat man unter Sozialismus den vollen Arbeitsertrag verstanden, also Arbeit ohne Ausbeutung, ohne Zinsknechtschaft. Ich kenne Christen, die sagen: „Dieses Ziel ist in Freiheit

- auch in der Freiheit zum und für den Glauben – zu erlangen. Es ist auch das Ziel der christlichen Soziallehre. Komm´ Bruder Peymann, laß uns mit und ohne Gott dieses Ziel gemeinsam verfolgen. Wir müssen uns nur klar sein, daß die Kirchen und die sozialistischen Organisationen dieses Ziel durch Dogmatismus und Uneinsichtigkeit verraten haben. Wir müssen den fallengelassenen Faden erneut aufgreifen.“

Hören wir dazu wieder einmal eine Stimme aus der Vergangenheit:

Geben wir erst einmal die Ziele der SPD (der Sozialisten im allgemeinen) mit den Worten von Karl Kautsky wieder, der ein Mitarbeiter von Friedrich Engels war und 1891 in London mit Eduard Bernstein das Erfurter Programm der SPD entwarf.

Kautsky schrieb 1919 in "Diktatur des Proletariats":

"Genau genommen ist nicht der Sozialismus unser Endziel, sondern dies besteht in der Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse ... Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns deshalb in diesem Kampf als Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, unser Ziel zu erreichen. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Proletariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums allein oder am zweckmäßigsten erreichbar sei ... dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben. Ja, wir müßten es tun, gerade im Interesse unseres Endzieles."

(Anmerkung: Sozialismus muß hier wohl als Verstaatlichung der Produktionsmittel verstanden werden. TA)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/VBV%20Teil%20I.pdf>

Stephan Lebert stößt bei seiner Recherche nach der linken Seele auf sehr unterschiedliche Leute, auch auf ehemalige SPD-Minister:

Der eine Linke schildert, warum der andere Linke nicht links war.

Die linke Politikerin Katja Kipping erzählt, was links zu sein mit ihrer Kindheit im Osten zu tun hat.

Bei einem Redaktionsbesuch der jungen linken Wochenzeitung *Jungle World* wird festzustellen sein, dass die dortigen Macher derzeit vor allem diejenigen hassen, die sich in diesem Land gerade links nennen.

Und es ist von einem Triumph zu berichten, den zwei linke Veteranen vor erstaunlich jungen und zahlreichen Zuschauern feiern.

Sie heißen Thomas Ebermann und Rainer Trampert und waren mal als Politiker sehr linke Bosse bei den Grünen, zu deren Gründungszeiten. Heute ziehen sie als Kabarettisten durchs Land.

...

Man kann nicht behaupten, dass man auf der Suche nach der roten Seele auf viele strahlende, erfolgreiche Menschen trifft, auf das, was man gern Siegertypen nennt.

Die Bläse des ewigen Zweifels ist durchaus dominant. Auch Thomas Ebermann und Rainer Trampert möchte man dazuzählen. Sie sitzen an ihrem Bühnentisch und fragen unter dem Beifall ihrer Zuschauer so nebenbei, wer denn eigentlich immer diesen Quatsch erzähle, Hartz-IV-Empfänger müssten traurige Gesellen sein. Die beiden langjährigen Weggefährten, die ehemaligen Grünen, haben lange Jahre versucht, politische Alternativen zu präsentieren. Damit sei nun endgültig Schluss, sagt Ebermann heute. Zu hoffnungslos die Lage, zu aussichtslos. Stattdessen eine Halle in Berlin-Kreuzberg, mehr als hundert junge Besucher, fast ausverkauft, stattdessen Zynismus, Spott. *Bittere Vergnügen* heißt die CD der beiden.

Lustig ist es, wenn sie Joschka Fischer parodieren, wenn sie die moderne Gehirnforschung, den Dax und die Medienlandschaft karikieren. Utopie? Nein, nicht mal das. Für sie ist die Welt derart furchtbar, dass sie nur zu ertragen ist, wenn man sie nicht mehr ernst nimmt. ...

Ebermann und Trampert habe ich aus meiner aktiven Zeit bei den Grünen im persönlichen Umgang als angenehme Menschen in Erinnerung. Sie mögen heute Joschka Fischer parodieren. Sie haben aber mit ihm, Jutta Ditfurth, Jürgen Trittin und anderen Linken erfolgreich eine Koalition zur Zerstörung der Grünen als Hoffnungsträger gebildet. Natürlich haben sie nicht aus Boshaftigkeit gehandelt, sondern aufgrund ihrer ideologischen Gefangenschaft im Marxismus. Sie konnten nicht erkennen, daß die Ausbeutung sich im Zins manifestiert, daß die Ursache in der Hauptsache im Geldsystem liegt und daß dieser Fehler in Freiheit und mit Privateigentum an den Produktionsmitteln überwunden werden kann. Jürgen Trittin, der heute bei den zur Kartellpartei gewordenen Grünen in der ersten Liga mitspielen darf, verspottete uns freiwirtschaftlichen Gründungsgrünen als Zinsknechte. Immerhin (positiv gewendet), wir erkennen uns als solche, Trittin und GenossInnen in ihrer ökonomischen Blindheit nicht, und werden dadurch zu Stützen des Kapitalismus. Wenn Trampert und Ebermann heute in einer ideellen Sackgasse stecken, so haben sie den Weg selber eingeschlagen. Sie pflegen offensichtlich ihre politische Niederlage wie die Bettler in *Die Stadt in der Wüste* von Antoine de Saint-Exupéry ihre Geschwüre, weil dies ihr einziger Besitz ist. Und Zynismus ist kein guter Wegweiser für junge Menschen.

Hannoversche Allgemeine Zeitung

Kultur

25. Juli 2008

MARTIN HALTER berichtet unter dem Titel:

Letzte Station Inari

Dieser Zug endet hier: Das Kursbuch der Bahn wandert ins Internet ab,
das „Kursbuch“ wird eingestellt

Was für ein Zufall: Kaum dass das „Kursbuch“, das alt gewordene Flaggschiff der 68er-Generation, nach 43 Jahren und 169 Heften abgewrackt wird, will auch die Bahn ihr Kursbuch nach 163 Jahren ausrangieren. Im Dezember soll zum letzten Mal eine limitierte Luxusausgabe (mit Lesebändchen und Schmuckschuber für 99 Euro) erscheinen. Danach gibt es das Traditionswerk nur in digitalisierter Form, als CD-ROM oder im Internet: ein Schicksal, das auch andere gute, alte Medien schon ereilt hat oder bald ereilen wird. Mit dem Zwillingstod von Kursbuch und „Kursbuch“ geht eine Epoche zu Ende, in der die Menschen noch wussten (oder jedenfalls wissen wollten), wie man von A nach B kommt. Die Schaffner und Schalterbeamten der Geschichte, die sich hinter ihren Kursbuchfolianten verschanzten, waren vielleicht autoritärer und unfreundlicher als die Zugbegleiter von heute. Aber dafür waren sie auch allwissend, und man war ihnen nicht so hilf- und wehrlos ausgeliefert wie den Fahrkartenautomaten.

...

Aber schon bald geriet das „Kursbuch“ aus dem Gleis. Mit immer mehr Ironie und Beliebigkeit und immer weniger Resonanz wurden Zeitgeistphänomene und subjektive „Befindlichkeiten“ abgehandelt: unsere Bourgeoisie, Deutschland, das Glück, Wasser und Feuer. Das Kursbuch war immer noch ein Diskussionsforum der undogmatischen Linken; aber die Reiseziele, Abfahrtszeiten und Haltestellen der „Lokomotive der Geschichte“ (so Friedrich Engels' Metapher für die Revolution) wurden immer diffuser. „Lies keine Oden, mein Sohn, lies Fahrpläne“, dichtete Enzensberger 1957. Dass das „Kursbuch“ im Zweifel die wolkige Poesie dem nüchternen Fahrplan vorzog, war seine Stärke; aber der Abschied von Utopien, der Rückzug ins Private, das Aufkommen des Debattenfeuilletons und der Talkshows entzogen ihm den Boden.

...

Dieser Artikel weckte mein besonders Interesse, nicht wegen der Kursbücher der Bahn – die digitale Form im Internet ist sicher eine Erleichterung für den Laien -, sondern wegen der Zeitschrift in Buchform oder wegen der Buchreihe, die sich Zeitschrift nennt. Sieben Exemplare habe ich auf Anhieb in unserem Bestand gefunden. Es muß aber wenigstens noch ein weiteres Exemplar vorhanden sein, in dem ein Beitrag von Ivan Illich steht, also ein linker Ta-

bubbruch begangen wurde - ein Zweifel an das Staatsschulwesen mit seinem Schulzwang sich artikulieren durfte. Ich will nun gar nicht behaupten, daß ich alle Exemplare ganz oder teilweise gelesen habe. Ein paar Exemplare hat meine Frau mit ins Haus gebracht und ein paar Exemplare sind durch Haushaltsauflösungen ins Regal gekommen. Ich denke, es wird Leser geben, die traurig von der Nachricht berührt sind, daß die Zeitschrift *Kursbuch* eingestellt wird. Dieses Gefühl stellt sich bei mir nicht ein. Dies mag daran liegen, daß ich das Kursbuch – zugegebener Maßen oberflächlich betrachtet – bestenfalls für ein Kursbuch in die Befindlichkeiten und Denkfiguren linker Autoren halte, nicht aber eines, in der Stationen, die Abfahrt- und Ankunftszeiten in eine bessere Zukunft im Klartext beschrieben werden. Ich weiß, das, was man sieht, hängt auch davon ab, was man erwartet. Die Frage ist doch nur, warum erwarte ich nichts Besseres in „linker“ Literatur? Weil ich ein Rechter bin? (Ich bin eher ein Nirgendwo, weil bei uns die Mitte die Funktion des Bösen hat, die zu anderen Zeiten von den Extremen übernommen werden.) Also, meine Erwartungen an „rechte“ Autoren sind noch geringer als die an Linke. Aber vielleicht ist mein Urteil ja auch dadurch gefärbt, daß ich – zumindest vom Vermögen, vom Status und von der Erfahrung hergesehen - zu den Proletariern gehöre, für die Linke Autoren angeblich schreiben, mir dumm vorkomme, wenn ich Beiträge in einem Kursbuch lese. Ein „Schwätzer“ zwischen die Zähne durchgepreßt, stellt dann das seelische Gleichgewicht wieder her. Aber besser als das Urteil eines Außenseiters ist das Urteil der Vielen, denen der Preis des Kursbuches kein Äquivalent mehr zum Inhalt war /ist. Aber keine Bange, wenn mich ein neuer Gedanke verfolgt, werde ich bestimmt nachsehen, ob mir ein altes Kursbuch Asyl gewährt. Meine schon fast als Zorn zu bezeichnende Gefühlswalung kommt ja auch daher, daß ich sehe, wieviel Idealismus und Material ohne Wirkung für eine bessere Gesellschaft verschlissen worden ist und wird, weil diesseits und jenseits der politischen Gräben zu dogmatisch, ideologisch oder einfach oberflächlich gedacht wurde.

Ich habe vorhin nochmals im Kursbuch 57 vom Oktober 1979 mit dem Generaltitel „**Der Mythos des Internatioalismus**“ die Diskussion mit Daniel Cohn-Bendit, Joschka Fischer u.a. unter dem Titel „Kopfschrott oder Gefühlsheu“ nachgelesen. Ich wurde an eine Diskussion von Kunstexperten über ein abstraktes Gemälde erinnert. Die füllen Zeile und Zeile, Spalte um Spalte, deuten jeder für sich tolle Dinge hinein, die sie gesehen haben wollen, reden aneinander vorbei, sind aber alle bedeutungsschwanger. Der Leser sagt dann: „Hoch interessant - aber was haben sie wirklich gesagt?“ Die Ausgabe des Heftes 112 des Kursbuches vom Juni 1993 habe ich erworben, weil der Generaltitel „**Städte bauen**“ lautet. Ich habe damals wohl

gehofft, etwas über eine aktuelle Stellungnahme von linken Autoren über die Problematik des Bodenrechtes zu erfahren, vor allem um zu hören, ob Linken heute anderes als unter Lenin und Stalin einfällt als *Vertreiben und Totschlagen* der überkommenen Eigentümer. Ich konnte jetzt das Heft nur über den Daumen laufen lassen. Ich habe keine Markierung von mir gefunden, also habe ich damals wohl nichts zum Thema Bodenrecht gefunden. Also kann eine Redaktion ein Buch über Städtebau konzipieren, ohne die Frage zu stellen: „Wem gehört der Boden, wer darf wann, wo, wie lange, unter welchen Bedingungen zu welchem Preis bauen und wem gehörte der Ertrag aus der Bodennutzung (nicht aus der Nutzung der Gebäude)?“ Mein Eindruck ist der, daß Linke und Rechte in dieser Frage eine Koalition der Ahnungslosen gebildet hat. Offensichtlich kann man heute Architektur, Jura oder eine Gesellschaftswissenschaft studieren, ohne mit der primären Ursache für ökologische Fehlentwicklungen, für Bürger- und Völkerkriege konfrontiert zu werden. Es ist eine Schande der Hochschulen, die vom ganzen Lehrkörper verursacht ist.

Ich habe aktuell im Kursbuch 112 den Beitrag von Boris Groys „U-Bahn als U-Topie“ gelesen. Ich zitiere daraus den ersten Absatz, um ein paar Anmerkungen zur Utopie zu machen.

Eine Utopie braucht eine gewisse räumliche Isolation, um in allen Einzelheiten sorgfältig erdacht und erbaut und vor der möglichen Korruption durch die übrige, unvollkommene Welt geschützt zu werden. Nicht zufällig ist der Bericht über eine Utopie immer ein Reisebericht. Jemand ist genötigt, einen schwierigen oder verlustreichen Weg im Raum oder in der Zeit zu bestreiten, und entdeckt auf einer Insel, auf einem in hohen Bergen verborgenen Plateau, auf einem anderen Planeten oder in einer anderen Zeit - meistens durch Zufall - eine utopische Welt. Und in der Regel findet der Reisende, sobald er diese utopische Welt verlassen hat, den Rückweg dorthin nicht wieder. Immer passiert etwas, das diesen Weg endgültig versperrt: eine Lawine in den Bergen, ein Schiffbruch, bei dem alte Seekarten verlorengelangen, oder ein Brand, bei dem die Zeitmaschine explodiert. Daher ist das erste Gebot für jemand, der eine Utopie erbauen will: einen einsamen Platz zu finden, wo er sich wirklich erlauben kann, alles neu und nach einem einheitlichen Plan zu erschaffen.

Auch von dem Wort Utopie gibt es ja verschiedene Begriffe. Die Utopie als Unterbegriff von Ideologie, die auf eine Verbesserung der eigenen Gruppe, Schicht, Klasse durch Veränderung zielt, will ich hier gleich ausschließen. Auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung fand ich folgende Definition:

Utopie

(griech.: ohne Ort). Auf die Zukunft gerichtete politische und soziale Vorstellungen, die Wunschbilder einer idealen Ordnung oder fortschrittlichen menschlichen Gemeinschaft zeichnen bzw. als Anti-Utopie Schrecken und Apokalypsen beschreiben. Positive U. vermitteln z.B. Plato ("Der Staat") und T. Morus ("Utopia"), negative U. bspw. A. Huxley ("Schöne neue Welt") und G. Orwell ("1984"). U. können langfristige Leitbildfunktion haben.

Politische Ideengeschichte

Quelle: Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006.

www.bpb.de

Solche abstrakten Gedankenkonstrukte, die im Nirgendwo angesiedelt sind, sind sicher für die Überwindung unseres Denkens in Grenzen des Konkreten notwendig, damit das Noch- nicht-vorhandene anziehend oder abschreckend sichtbar wird.

Wir kennen ja aber auch das Wort *Realutopie*. Es ist ja wohl kein Synonym für Utopie, sondern hat einen andern Begriff, also Inhalt. Der Wortbestandteil „real“ deutet auf etwas Konkretes, schon Vorhandenes, hin und der Wortteil „utopie“ sagt dann, daß dies Reale in der gedachten Gestalt noch keinen Ort, Topos, hat, aber haben kann, wenn wir darauf hinwirken. Von der Beschreibung solcher Realutopien, die vom Topos der vorhandenen Gesellschaften ausgehen und mögliche Entwicklungen aufzeichnen, müßte eine Zeitschrift handeln, die den Namen Kursbuch verdient. Dann kann der Leser nämlich, das, was ihm gesellschaftlich umgibt, mit dem vergleichen, was gedanklich schon entwickelt wurde. In den letzten Tagen hatte ich mal wieder Anlaß in „Freiland – ein soziales Zukunftsbild“ von Theodor Hertzka“, 1889 zu schauen. Hier wurde eine Realutopie aufgezeichnet. Auch wenn die Realisierung dieser Realutopie am vorgesehenen Ort gescheitert ist, so hat sie doch durch die Menschen, die sich dafür begeisterten, viel bewegt. Bei der Eingabe des Stichwortes Realutopie stieß ich auf folgenden Hinweis: Die Wunderinsel Barataria von Juan Acratillo - 1675

Fragen der Freiheit, Heft 129, Dezember 1977, Seite 44 – 69

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft129/barataria.htm>

ooooo

Dann habe ich in das Kursbuch 21 vom September 1970 mit dem Generalthema „Kapitalismus in der Bundesrepublik“ geschaut und die Arbeiterfragebogen 1880 / 1970 von **Yaak Kar-sunke / Günter Wallraff und Karl Marx** gelesen. Ich lasse drei Auszüge folgen und mache dann meine Anmerkungen:

Die Autoren des Textes, den wir hiermit vorlegen, sind sich, wie die Leser und die Redaktion des Kursbuchs, durchaus darüber im Klaren, daß diese Zeitschrift von Arbeitern wenig oder gar nicht gelesen wird. Unsere Fragebogen-Initiative ist also ganz und gar auf die Vermittlung von Lesern angewiesen, die ihrerseits politisch arbeitenden Gruppen angehören oder Zugang zu anderen Publikationsmitteln (vor allem zur Gewerkschaftspresse, zu Betriebszeitungen und -Korrespondenzen) haben.

Das Modell, das Yaak Karsunke und Günter Wallraff vorschlagen, kann je nach dem Gebrauch, der davon gemacht werden soll, gekürzt, erweitert und verändert werden. Der Nachdruck ist frei, wir sind für jede Weiterverbreitung dankbar.

Wir bitten um Kritik und Verbesserungsvorschläge. Vor allem bitten wir um die Einsendung der ausgefüllten Fragebogen. Alle Antworten werden ausgewertet. Die Ergebnisse sollen in einem zukünftigen Kursbuch zum Thema Klassenanalyse veröffentlicht werden.

...

KARL MARX
FRAGEBOGEN FÜR ARBEITER

»Keine Regierung (ob monarchistisch oder bürgerlich-republikanisch) hat es gewagt, ernsthafte Untersuchungen über die Lage der französischen Arbeiterklasse anzustellen. Wieviele Untersuchungen gibt es dagegen über Agrar-, Finanz-, Industrie-, Handels- und politische Krisen!

Die Infamie der kapitalistischen Ausbeutung, die durch die offizielle Untersuchung der englischen Regierung aufgedeckt wurde, die gesetzlichen Folgen dieser Enthüllungen (Beschränkung des gesetzlichen Arbeitstags auf zehn Stunden, Gesetze über Frauen- und Kinderarbeit etc.) haben die Furcht der französischen Bourgeoisie vor den Gefahren, die eine unparteiische und systematische Untersuchung mit sich bringen könnte, noch gesteigert.

In der Hoffnung, daß wir die republikanische Regierung veranlassen könnten, dem Beispiel der monarchistischen Regierung Englands zu folgen und eine umfassende Untersuchung über die Taten und Untaten der kapitalistischen Ausbeutung zu eröffnen, wollen wir mit den geringen Mitteln, über die wir verfügen, eine solche Untersuchung beginnen. Wir hoffen dabei auf die Unterstützung aller Arbeiter in Stadt und Land, die begreifen, daß nur sie allein in voller Sachkenntnis die Leiden schildern können, die sie erdulden; daß nur sie allein und keine von der Vorsehung bestimmten Erlöser energisch Abhilfe schaffen können gegen das soziale Elend, unter dem sie leiden; wir rechnen auch auf die Sozialisten aller Schulen, die, da sie eine soziale Reform anstreben, auch die genaue zuverlässige Kenntnis der Bedingungen wünschen müssen, unter welchen die Arbeiterklasse, die Klasse, der die Zukunft gehört, arbeitet und sich bewegt.

Diese Hefte der Arbeit sind der erste Schritt, den die sozialistische Demokratie tun muß, um die gesellschaftliche Erneuerung vorzubereiten.

Die hundert unten angeführten Fragen sind von höchster Wichtigkeit. -

...

NEUNZIG FRAGEN - NEUNZIG JAHRE NACH MARX

Der von Marx in der ersten Aprilhälfte 1880 - auf Englisch - verfaßte Fragebogen für Arbeiter erschien erstmals - in französischer Übersetzung und anonym - am 20. April 1880 in der Zeitschrift La Revue Socialiste, deren Herausgeber Benott Malon Marx zu diesem Unternehmen angeregt hatte. Ferner wurde der Fragebogen »in 25 000 Exemplaren vervielfältigt und in mehreren Exemplaren allen Arbeitervereinen, allen sozialistischen und demokratischen Gruppen und Zirkeln, allen französischen Zeltungen und allen Einzelpersonen übersandt, die darum baten«¹. Eine Notiz in der Revue Socialiste vom 5. Juli 1880 spricht von einigen bereits eingegangenen Antworten, deren Veröffentlichung jedoch bis zum Eintreffen einer größeren Anzahl zurückgestellt werde. Zu dieser Veröffentlichung ist es nicht gekommen, die existierenden Antworten müssen heute als verloren gelten.

Hilde Weiss hat 1936 in einem Aufsatz auf die Doppelfunktion des Marx'schen Fragebogens hingewiesen. Einmal handelt es sich um eine Sozialenquete zur Gewinnung von Daten, die sich von den bis dahin üblichen Enqueten des französischen Staates, von ihm beauftragter Organisationen und Einzelpersonen sowie privater Philanthropen schon dadurch prinzipiell unterschied, daß Marx sich ausschließlich und direkt an die Arbeiter selbst wandte. Das Dictionnaire de l'Economie politique (Paris 1854) betonte demgegenüber zum Stichwort »Enquetes«: »Man darf diejenigen, die befragt werden sollen, nicht an der Erhebung teilnehmen lassen.« Die von Unternehmern, Fabrikinspektoren und Verwaltungsbeamten erteilten Auskünfte über die Lage der Arbeiter waren verständlicherweise ungenau und unvollständig.

Neben der Gewinnung präziserer Auskünfte hätte der Fragebogen jedoch noch einen zweiten Effekt erzielen können, über den Hilde Weiss schreibt: »Schon beim Lesen der hundert Fragen fügen sich dem Arbeiter die dort erörterten, scheinbar ganz selbstverständlichen und alltäglichen Einzelheiten zu einem Gesamtbild seiner Lage zusammen. Beim ernsthaften Versuch, die Fragen zu beantworten, wird ihm die gesellschaftliche Bedingtheit seiner Lebensumstände zum Bewußtsein gebracht. Er gewinnt Einsicht in das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft und des Staates und lernt Mittel und Wege zur Aufhebung des Lohnarbeiterverhältnisses, zu seiner Befreiung kennen. Der Fragebogen bildet so den Rahmen eines sozialistischen Lehrbuches, das die Arbeiter durch Eintragung ihrer Erfahrungen mit lebendigem Inhalt erfüllen.«

Unsere neunzig Jahre später verfaßte Variante des Fragebogens für Arbeiter versucht, die Doppelfunktion der Vorlage zu erhalten und zu aktualisieren. Es wird also auch verschiedentlich nach Daten gefragt, deren Kenntnis bei den Befragten nicht zu erwarten bzw. nicht ohne weiteres vorauszusetzen ist. Die Antworten würden somit nicht nur Daten zur Lage, sondern auch Daten zum Bewußtsein der Befragten liefern – und u. U. zur Veränderung beider beitragen können.

...

ooooo

Unter <http://enzensberger.germlit.rwth-aachen.de/kursbuch.html> findet man Inhaltsangaben der Kursbücher.

Unter <http://www.haz.de/newsroom/kultur/zentral/kultur/art180,645232> findet man den ganzen HAZ-Artikel zur Einstellung der Kursbücher.

Unter <http://www.neuepresse.de/newsroom/kultur/zentral/kultur/art180,643749.2> findet man:

Ganz Oben - Interview mit Günter Wallraff

Günter Wallraff ist wieder Gesprächsthema im Land. Seine Reportagen aus einer brutalen Arbeitswelt sind so aktuell wie vor 20 Jahren. Hat sich denn wirklich nichts geändert? Oder stehen wir am Anfang neuer, harter Zeiten? Ein Interview zur Lage der Nation.

In dem Interview sagt Wallraff, daß es ihm wichtig ist, Tabus zu brechen. Da könnte er mir doch eigentlich helfen, zumal sich bei ihm solche Versuche in klingende Münzen verwandeln und ich immer draufzahle. TA

00000

Beim Lesen der Fragebögen fiel mir eine eigene Befragung wieder ein. Im Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg hatten die Studenten eine empirisch-soziologische Arbeit abzuliefern. Das heißt eigene, selbständige Entwicklung einer Hypothese, eines Fragebogens, eigene Erhebung und Auswertung. Es wurde empfohlen ein Thema für einen Bereich zu nehmen, zu dem man Distanz, aber interne Kenntnisse hat. Die Zeit war, wenn ich mich richtig erinnere auf 6 Wochen begrenzt. Meine Arbeit trägt den Titel „Ursachen von der Berufsunzufriedenheit von Seeleuten“ - von T A ,17 Lehrgang 1965. Ich hatte zwei Fragebögen entwickelt. Den einen für Leute, die es mit Seeleuten zu tun hatten, den anderen für die Seeleute selber. Der erste Bogen umfaßte 40 Fragen, der zweite 117. Doch waren meine Fragen leichter zu beantworten, weil mit „Ja“, „Nein“ oder „Ich weiß nicht / keine Meinung“ geantwortet werden konnte und keine ganze Abhandlungen der Antworter herauskitzeln wollten wie die Fragen von **Yaak Karsunke / Günter Wallraff und Karl Marx**. Auch wollte meine Befragung keine Aufklärung über den bösen Kapitalismus initiieren. Mich wundert gar nicht, daß Marx und sein damaliges Umfeld wenig Rücklauf nach ihrer Fragebogenaktion hatten. Meine Schwierigkeit im Studium bestand im Zeitrahmen und vor allem in der intensiven Mahnung wissenschaftlich zu arbeiten. Das Wort hörte ich wohl, ich konnte mir aber keinen Begriff von dem Wort machen, genauso als wenn die Theologen zu mir von Gott sprechen. Das hat mich bei der Auswertung meines Erhebungsmaterials sehr verunsichert und das Ergebnis ziemlich mager erscheinen lassen. Ich habe mich dann sozusagen außerhalb des Rennens begeben und frei geschrieben, wie ich die Berufssituation der See-

leute sehe und welche Verbesserungen möglich sind. Als ich meinem Soziologieprofessor ein Exemplar zum Lesen gegeben habe, sagte er mir, den Teil hätte er in meiner offiziellen Arbeit vermißt. Ich habe mich dann einmal mehr über das Wort „wissenschaftlich“ gewundert.

Befragungen über die Situation der Arbeitnehmer sind immer berechtigt. Aber schon das „wer-fragt-wie-wen“ ist ja nicht ohne Einfluß auf das Ergebnis. Obwohl ja von der Befragungs- und Auswertungstechnik eine Wissenschaft gemacht worden ist, hört man bei der Veröffentlichung doch immer wieder den Vorwurf, die Aussagen seien tendenziös. Die Fragen von Yaak Karsunke / Günter Wallraff und Karl Marx sind durchaus berechtigt, aber haben doch die Tendenz, den Befragten klar machen zu wollen, daß der Unternehmer, der Kapitalismus – als Synonym für Marktwirtschaft benutzt – die Situation des Arbeitnehmers verursacht. Es ist gar nicht abzustreiten, daß es miserable Arbeitsbedingungen gegeben hat, noch gibt und immer wiedergeben wird, solange das Konjunktur- und Verteilungsproblem nicht gelöst ist. Die beiden hier zur Diskussion stehenden Fragebögen ergeben aber jeweils gestellt in einer Zeit einer längeren Vollbeschäftigung und in einer längeren Phase der Unterbeschäftigung sehr unterschiedliche Ergebnisse. Wenn das aber so ist, so kann die Ursache dafür nicht der Unternehmer oder die Leitung eines Unternehmens sein. Sondern es ist viel eher so, daß der Unternehmer auf unterschiedlichen Druck in einer hierarchischen Erwartungskette reagiert. Der Unternehmer ist nicht Kopf (das erste Glied) dieser Kette, sondern unterliegt dem Druck, der aus dem System kommt, an der die Kette hängt. Das System ist nichts Persönliches mehr. Es ist das Diktat, daß das eingesetzte Eigen- und Fremdkapital zu allererst, ausreichend und bestimmt bedient werden will. Wenn das Problem nur in der Rolle des Unternehmers läge, bräuchten die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften nur selber Unternehmer werden. Aber die Versuche mit Genossenschaften, mit selbstverwalteten Unternehmen und mit der Gemeinwirtschaft zeigten und zeigen doch in der Regel ein unbefriedigendes Ergebnis. Also müssen doch die Ursachen anderswo liegen. Karsunke und Wallraff hätten also andere Fragen – auch an andere Adressaten – stellen müssen als Marx zu seiner Zeit. Jeder der ehrlich und gründlich fragt, wird letztlich auf den Komplex stoßen, der auch mit dem Schlagwort *Zinsknechtschaft* benannt wird. Dies alles will nicht besagen, daß die Erfahrungen, die Günter Wallraff verkleidet gemacht und beschrieben hat, nicht stimmen. Ich selber habe diverse Arbeitserfahrung unverkleidet gemacht und kann daher nichts schönreden. Manchmal waren die Repressionen, die von Arbeitnehmern ausgingen, die unangenehmsten. Aber was am schlimmsten ist, ist die Tatsache, daß linke Autoren und Politakteure die Arbeitnehmer mit dem Anspruch auf

Aufklärung in einem Zustand der Unwissenheit über das Wesen des Kapitalismus halten. Arbeitnehmer könnten selbstwertbewußte Unternehmer ihrer Fähigkeiten und Anteilseigner ihrer Arbeitsstätten sein, sie werden aber von der Politik, den Gewerkschaften und von den „Volksaufklärern“ in einem Zustand des der Sozialpolitik bedürftigen Arbeitssklaven oder Wohlfahrtsempfängers gehalten. Wenn es wieder eine Faschismusgefahr gibt, dann liegt hier die Ursache, weil sich aus diesem Zustand die Sehnsucht nach einem weltlichen Erlöser nährt.

Und jetzt das auf Seite 31 angekündigte Zitat von Henry George zum Schluß. Ich habe es schon mehrfach verwendet. Es gibt aber Texte, die nicht häufig genug in Erinnerung gerufen werden können. Ich füge zusätzlich Links und ein Zitat an, mögen sie die Aufmerksamkeit auf einen wichtigen Denker und Akteur der Bodenrechtsreformbewegung lenken.

Ogleich oft durch Gewohnheit, Aberglauben und Selbstsucht auf das ärgste verzerrt, bildet das Gerechtigkeitsgefühl doch die Grundlage des menschlichen Geistes, und welcher Streit immer die Leidenschaften erregen mag - der Konflikt wird sich nicht so sehr um die Frage: »Ist es weise?« drehen, wie um die Frage:

»Ist es recht?«

Die Neigung der Erörterung des Volkes, eine ethische Form anzunehmen, hat ihren Grund. Sie entspringt einem Gesetze des menschlichen Geistes; sie beruht auf einer vagen und instinktiven Anerkennung dessen, was vielleicht die tiefste Wahrheit ist, die wir zu erfassen vermögen.

Weise ist nur, was gerecht ist; dauernd ist nur, was recht ist.

Henry George

Aus:
FRAGEN DER FREIHEIT
Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft -
Folge 245
Oktober-Dezember 1997
Fortschritt und Armut
- Leben und Werk Henry Georges -

siehe: www.sffo.de

<http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/fragen-der-freiheit/heft245/george.htm>

00000

Klaus Hugler, Hans Diefenbacher, unter Mitarbeit von Judith Baumgartner
und Alan Nothnagle

**Adolf Damaschke und Henry George - Ansätze zu einer Theorie und Politik der
Bodenreform**

Geleitwort von Julia Butterfly Hill, 180 Seiten, 19,80 EUR ISBN 3-89518-496-9 (März 2005)

00000

Fortschritt und Armut

von Henry George

Unter: <http://www.progress.org/neuland/hg/>

Vorwort des Verfassers zur deutschen Ausgabe

Es freut mich, daß mein Buch, welches so vielen herrschenden Ansichten entgegentritt, in die Sprache eines Volkes übertragen ist, das sich durch den Ernst, womit es die Wahrheit sucht, und durch die Offenheit, mit der es sie aufnimmt, auszeichnet.

Ich habe leider nicht den Vorteil, mit der deutschen Sprache und Literatur vertraut zu sein, und die Umgebung, unter deren Eindruck ich die vorliegenden Untersuchung ausgeführt habe, weicht in vielen Beziehungen von den in Europa herrschenden Verhältnissen ab. Aber da der Beweis der Wahrheit darin besteht, daß sie immer und überall dieselbe ist, so mögen vielleicht derartige Verschiedenheiten des Standpunktes das Interesse und den Nutzen dieser Untersuchung eher erhöhen als mindern.

Ich ergreife gerne diese Gelegenheit, um den Eifer und die Gewissenhaftigkeit anzuerkennen, mit der Herr Gütschow sich der von ihm übernommenen Aufgabe

entledigt hat. In allen schwierigen Fällen hat er stets meinen Beistand, soweit ich denselben zu leisten vermochte, gesucht, und, wengleich ich seine Übersetzung nicht zu lesen imstande bin, so bin ich doch von deren Treue überzeugt.

Im übrigen bedarf dieses Buch keiner weiteren Vorrede. Es ist recht eigentlich ein Buch, das für sich selbst sprechen muß. Aber denen, zu welchen es spricht, sende ich Grüße! So weit wir auch durch Stellung und Verhältnisse getrennt sein mögen, wir sind doch durch eine gemeinsame Sache, durch das Band einer gemeinsamen Hoffnung vereinigt.

San Francisco, den 10. August 1880.

Henry George

-x-x-x-x-x-

Erster Nachtrag

zur Seite 11. Ich habe dort im Hinblick auf den Mißbrauch des Schlagwortes *Zinsknechtschaft* durch die Nationalsozialisten und den erneuten Mißbrauch des Wortes durch Linke und die Antifa im Sinne der Tabuisierung eines Themas geschrieben:

„Wenn alle Verwender des Begriffes *Zinsknechtschaft* Nazis sind, ist es doch logisch, daß auch alle Vertreter des Schulzwanges – z. B. fast alle MdBs – Nazis sind. Oder?“

Der Schulzwang ist nämlich unter der Nazi-Herrschaft eingeführt worden. Von einem weiteren Beispiel berichtet Alexander Dahl in der HAZ am 24. Juli 2008 unter der Schlagzeile „Langes Ringen um neuen 'Perso'“.

...

Der Personalausweis ist eine deutsche Erfindung. Eingeführt wurde er von den Nazis 1938 unter dem Namen „Kennkarte“. Einerseits wurde damit die Erfassung junger Männer für den Wehrdienst - der Krieg wurde bereits geplant - erleichtert. Andererseits war er ein Instrument zur Judenverfolgung: In ihre Ausweise wurde ein großes „J“ gestempelt.

Andere Länder verzichten bis heute überhaupt auf Identifikationsnachweise für ihre Bürger. Amerikaner legen lediglich ihre Sozialversicherungskarte oder ihren Führerschein vor, den daher auch Menschen besitzen, die kein Auto fahren. Auch Großbritannien kennt keine Personalausweise. Diese waren zwar 1940 eingeführt worden, um nazideutsche Spione enttarnen zu können. Doch 1952 klagte ein Bürger gegen das Papier - und bekam recht. Der Ausweis zerstöre das Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger, argumentierten die Richter.

Also, Leser verbrennt Eure Personalausweise, sonst müßt Ihr Euch als Nazis beschimpfen lassen! Oder?

Zweiter Nachtrag

In Bezug auf die Arbeiterfragebogen im Kursbuch wollte ich noch darauf hinweisen, daß ich im Fragebogen von Karl Marx zwei Hinweise auf das Zins- und Verschuldungsproblem gefunden habe. Entsprechende Fragen habe ich bei denen von Kar-sunke und Wallraff nicht gefunden. Vielleicht erklärt sich das aus den jeweiligen ökonomischen Status der Fragesteller oder dem unterschiedlichen Blickwinkel zwischen „sozial“ und „ökonomisch“.

Bei Marx heißt im Block III der Fragen:

12. Falls Sie im Stücklohn bezahlt werden: wird die Qualität des Produkts zum Vorwand genommen, um Ihren Lohn auf betrügerische Weise zu kürzen?

13. Ob Sie nun im Zeit- oder im Stücklohn beschäftigt sind, nach welcher Frist erhalten Sie Ihren Lohn? Mit anderen Worten, wie lange müssen Sie warten, bis Ihr Lohnherr Ihnen den Lohn für bereits ausgeführte Arbeit auszahlt? Wird Ihr Lohn nach einer Woche, einem Monat etc. bezahlt?

14. Werden Sie durch solche Verzögerungen bei der Lohnzahlung gezwungen, häufig das Pfandhaus in Anspruch zu nehmen, dort hohe Zinsen zu zahlen und obendrein Gegenstände zu entbehren, die sie nötig gebrauchen, oder müssen Sie bei den Kaufleuten Schulden machen und werden dadurch als Schuldner deren Opfer?

Im Block IV der Fragen von Marx heißt es:

13. Gibt es in Ihrem Betrieb oder in Ihrem Gewerbe Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung bei Unfällen, Krankheiten, Todesfällen, vorübergehender Arbeitsunfähigkeit und im hohen Alter etc.?

14. Ist die Mitgliedschaft in solchen Gesellschaften freiwillig oder obligatorisch? Stehen ihre Mittel ausschließlich unter Kontrolle der Arbeiter?

15. Falls die Beiträge obligatorisch sind und unter der Kontrolle des Lohnherrn stehen: zieht er die Beiträge vom Lohn ab; zahlt er Zinsen dafür? Werden die Beiträge den Arbeitern zurückerstattet, wenn sie kündigen oder entlassen werden?

(Hervorhebung durch Fettdruck durch TA.)

Dritter Nachtrag

Froh, endlich mit meiner Text-Collage fertig zu sein, weil andere unerledigte Arbeiten auf mein Gemüt drücken, erinnerte ich mich an einen Artikel, der aktuell einen Eindruck von der Zinsknechtschaft demonstriert und daher (obwohl fast täglich / wöchentlich in der Presse verhandelt) hier noch aufgenommen werden sollte. Es geht um die Immobilienkrise in den USA. Da ich den Artikel in dem Zeitungstapel nicht fand, habe ich im Netz gesucht und die Meldung auch vielfach gefunden. Da ich aber meinte, die HAZ hätte den Vorgang besser dargestellt (Die HAZ muß man ja auch mal loben!), habe ich weiter gesucht und letztlich habe ich auch gefunden, was ich suchte. Nur leider sind mir dann auch noch andere Beiträge aufgefallen, die ich erwähnen sollte:

1. Auf der Seite 41 habe ich einen Link gesetzt, der zu dem Beitrag über Günter Wallraff mit dem Titel „Ganz Oben“ führt. Diesen Beitrag von Heinrich von Thies habe ich auch in der Beilage der HAZ „der 7. Tag“ vom 26. Juli 2008 gefunden. Im Aufmacher ist zu lesen:

Günter Wallraff ist wieder Gesprächsthema im Land.
Seine Reprotagen aus einer brutalen Arbeitswelt sind so aktuell wie vor 20 Jahren.
Hat sich denn wirklich nichts geändert?
Oder stehen wir am Anfang neuer, harter Zeiten?
Ein Hausbesuch zur Lage der Nation.

Ich empfehle den Artikel von Claudia Schmidt aus der HAZ vom 23./24. Oktober 1971 zu lesen. Ich habe ihn ganz oder teilweise zitiert in meiner Arbeit:

Von der Verantwortung der ZEIT-Redaktion
für Krieg und (Bürger-)Frieden
ein Brief mit Anmerkungen zu ZEIT-Artikeln und vier Anhängen

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/ZEIT%20Brief.pdf>

dann heißt es in dem aktuellen HAZ-Beitrag:

„Ich werde wieder gebraucht, ich kann mich wieder nützlich machen“,
sagt Wallraff.
„Die gesellschaftlichen Zustände schreien danach, angegangen zu werden.“
Und soziale Themen sind nach Ansicht Wallraffs wieder gefragt:
„Die Spaßgesellschaft hat ausgejuxt.“

Die nachfolgende Meldung aus der HAZ vom 27. Juli 2008 bestätigt die Ansicht Wallraffs:

Nur jeder Achte ist glücklich im Job

VON ALEXANDER DAHL

Berlin. Wirklich zufrieden ist in Deutschland kaum jemand mit seinem Arbeitsplatz. Dies ist zumindest das Ergebnis einer gestern vorgestellten Studie des Internationalen Instituts für Empirische Sozialökonomie (Inifes) im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Das Institut hat im Bundesgebiet etwa 6800 repräsentativ ausgewählte Arbeitnehmer befragt. Danach beschreiben nur 13 Prozent ihren Arbeitsplatz als rundum positiv, aber schon 55 Prozent bewerteten ihre Arbeitsbedingungen als durchschnittlich. Immerhin fast ein Drittel (32 Prozent) der Befragten gibt an, unter schlechten Konditionen im Beruf zu leiden. ...

Trotzdem muß Günter Wallraff aufpassen, daß ihm seine Arbeit nicht nur zum einträglichen Jux wird. Er hat hoffentlich nicht vergessen, was er bei Marx gelesen hat, sondern hat auch ein Gespür dafür, was über Marx hinausführt. „Die Lage war noch nie so ernst!“

Und in der HAZ vom 30. Juli 2008 schreibt

Margit Kautenburger:

Kleine Massage vom Arbeitgeber

Die Bundesregierung will Firmen, die Gutes für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter tun, ab 2009 steuerlich stärker fördern

... „Es geht darum, einen Anreiz für Betriebe zu schaffen, mehr für die Gesundheitsvorsorge zu tun“, sagte Ministeriumssprecher Andreas Deffner am Dienstag gegenüber dieser Zeitung. Von der geplanten Neuregelung profitierten am Ende Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. ...

Als ich in den 70er Jahren in der Nord LB in Hannover entsprechende Vorschläge machte, hat man mir heimlich den Vogel gezeigt. Dabei habe ich damals versucht, den Nutzen der Maßnahmen für die Arbeitnehmer zu beschreiben. Natürlich sind Aufwendungen der Unternehmen für die Gesundheit von Mitarbeitern steuerlich wie Lohnkosten zu behandeln, nur wenn es steuerliche Anreize (Subventionen) bedarf, dann ist das mal wieder ein Weg in die falsche Richtung der gegangen wird aufgrund eines überbordenden wohlfahrtsstaatlichen Denkens und aufgrund der (vermeidbaren) Unterbeschäftigung.

2. Das nächste Thema (auch wieder im Hinblick auf Wirkungen von Tabus):

Die verplombte Demokratie

Forscher beobachten eine Konjunktur des Rechtsextremismus in der politischen Mitte

Ein Bericht von Alexander Dahl

Motto: Wo Wohlstand bröckelt, wächst der Extremismus

Seit Jahren werben die demokratischen Parteien der Bundesrepublik um die „Mitte“ der Gesellschaft. Dort, so lässt der Begriff vermuten, versammeln sich die Leistungsträger und Bewahrer der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Mitunter ist diese Mitte aber nur eine dünne Fassade, die den Blick auf tiefsitzende rechtsextreme Auffassungen verstellt. Dies ist zumindest das Ergebnis der Studie „Ein Blick in die Mitte“ der Leipziger Universität im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ausländerfeindlichkeit wird danach zunehmend freimütig geäußert, Migranten, in erster Linie Türken und Russlanddeutsche, werden von vielen ablehnend gesehen, und die Demokratie ist eine Staatsform, die nicht um ihrer selbst willen akzeptiert wird, sondern nur dann, wenn sie materiellen Wohlstand garantiert. Oliver Decker, einer der Autoren der Studie, hat den Begriff der „narzistischen Plombe“ geprägt: „Immer dann, wenn der Wohlstand als Plombe bröckelt, steigen aus dem Hohlraum wieder antidemokratische Traditionen auf.“ ...

Manchmal verstehe ich die klugen Leute nicht. Idealismus in allen Ehren, er ist vom Individuum aus betrachtet nicht als etwas Selbstloses zu sehen, egal ob es um Staatsform, eine Religion oder um einen Verein geht. Die zufriedenen Sklaven sind die Stütze autoritärer Systeme, wenn aber die Zufriedenheit der Unzufriedenheit weicht, dann kehrt sich ihr Wollen gegen die Herrschaft. Das ist im Verein so, in der Partei, in der Kirche oder in der Demokratie als übergreifendes System. Obwohl ich ja oft genug auf die Ökonomie, auf den materiellen Wohlstand als entscheidenden Faktor in der Entwicklung einer Gesellschaft hinweise, möchte ich doch auch betonen, daß es bei der Bejahung eines Regierungssystems nicht nur um das Materielle geht. Mit gleichmäßig verteilter Armut, deren Ursachen einsehbar und die auf lange Zeit überwindbar erscheint, können die Menschen auch fröhliche und bejahende Art Demokraten sein. Wenn aber die Differenzen beim Wohlstand immer größer werden, wenn das Gefühl herrscht, in der Politik wird nur noch getrickst, gelogen, geschoben oder ohne wirkliche Kompetenz und Legitimation Posten verteidigt, dann stirbt auch berechtigt die Lust auf Demokratie. Die Menschen erleben in der Mehrzahl ein Verarmungsprozeß und werden ständig in einer ökonomischen Verunsicherung oder auch Chancenlosigkeit gehalten. Aber viel schlimmer ist, daß

unsere politische Klasse zwar den Segen der Wahl haben will, aber dem Volk ständig erklärt, daß es zu dumm für die Demokratie ist. Das bezieht sich auf die Vereinigung der beiden Republiken, auf Elemente direkter Demokratie, auf Europa, auf die Entmündigung in Zwangskollektiven und auf das Fehlen von offenen Diskussionen über Alternativen in allen Politikbereichen. Die Abwendung von der Demokratie ist also die logische Folge davon, daß sich die „Politiker“ auf „Erbhöfen“ eingerichtet haben. Wie sonst -als durch Verweigerung - sollen die Menschen denn Bewegung in die verfestigte Situation bringen in der Demonstrationen nur noch als politische Selbstbefriedigung erlebt werden.

Die politische Mitte ist - unabhängig von Parteiformierungen - ja kein monolithischer Block. Wir finden hier Menschen, die die Mitte als Ort der Ausgewogenheit, der Balance sehen. Wir haben hier aber auch viele Parteimitglieder und Wähler, die das Risiko scheuen, die sich kuschelig und geborgen fühlen wollen. Auch solche die ein Engagement ohne Stigma des Anrühigen für ihre berufliche Karriere für nützlich halten. Wobei in der Regel z. B. das Stigma „Extremist“ oder „Radikaler“ von der politischen Mitte als Abwehr oder Abgrenzung der Nicht-Mitte angehängt wird. Zur Zeit geht aufgrund des tatsächlichen Kräfteverhältnisses von den Extremgruppen nur eine unbedeutende Gefahr aus, fast zu wenig, um als Stimulans für die zur Trägheit neigenden Mitte zu wirken. Die Leitfiguren der politische Mitte haben zur Zeit die Rolle des Bösen inne, sie haben die Mittel, das Gute zu tun und unterlassen es. Sie vergraulen den Mitgliedern und Wählern der Mitte, die Schutz und Förderung suchen, die angestammte Kuschelecke und wundern sich dann, daß sogar in der politischen Mitte unbotmäßige Äußerungen fallen und eine Umorientierung zur Extreme stattfindet.

In der HAZ vom 24. Juli schreibt Karl-Ludwig Baader unter dem Titel

Eine Beziehungskrise

Volksparteien verlieren ständig an Zustimmung. Aber ihnen bleibt gar nichts anderes übrig, als viele ihrer traditionellen Anhänger zu irritieren.

...

Alle Parteien haben Identitäts- und ihre Anhänger folglich Identifikationsprobleme.

Die Sozialdemokraten schaffen es schon seit Langem nicht mehr, programmatisch und symbolisch an die Arbeiterbewegung anzuknüpfen, aus der sie hervorgegangen sind.

...

Die Parteien jedenfalls kommen mit ihren Orientierungsangeboten nicht hinterher. Die Einwurzelung von Traditionen, die eine relativ stabile Identifikation mit einer

Partei ermöglichen würden, ist kaum mehr möglich. Da bleibt den Parteistrategen nicht viel anderes, als kurzfristig mit den bewährten PR-Methoden auf neue Problemstellungen, aktuelle Trends und Meinungen zu reagieren, also Stimmungsmanagement zu betreiben.

Vielleicht ist es ja so, daß die Mitglieder und Wähler sehen, daß politische Parteien sich selbst überlebt haben, die Demokratie zur Erstarrung gebracht zu einem Ritual verkommen lassen haben. Das die (partei)politischen Traditionen schon lange hohl sind und daher keinen Halt und keine Orientierung mehr geben. Daß keine Änderung in unserer Republik mit einer Suche nach den besten Lösungen eingeleitet wurde. Immer wird zuerst die Frage gestellt: Wie viele Stimmen (viel Macht) bringt uns das ein? Wie viele Stimmen (viel Macht) kostet uns das? Wirkliches Neuland erreicht man als politische Kraft aber nur, wenn man seine Existenz in die Waagschale wirft. Zudem haben wir in unserer Republik den Konservativismus unterschiedlicher Prägung überzchtet. (Die sich als Progressive verstehen, sind in der Regel Strukturkonservative anderer Art.) Politisch gestaltet wird nur noch unter den Druck der Verhältnisse und das aus der Sicht der Bürger sicher oft ohne Verstand. Die Meinungsbildung in den Parteien ist doch mehr oder weniger ein Kampf um Unterdrückung der Andersdenkenden.

Werfen wir nochmals mit Hilfe von Gerhard Ziemer (Inflation und Deflation zerstören die Demokratie) einen Blick auf die Weimarer Verhältnisse:

Wer in der großen Krise oder in den Jahren danach Gespräche mit Männern führen konnte, die die Arbeitslosigkeit persönlich erleiden mußten, oft mehrere Jahre hindurch, weiß, um welchen Einbruch in ihr Leben es sich dabei gehandelt hat. Es war eine verhängnisvolle Verblendung der Weimarer nichtradikalen Parteien und ihrer führenden Männer, daß sie diesen Einbruch in das Leben des deutschen Volkes nicht als die größte Gefahr erkannten, der gegenüber die finanziellen und außenpolitischen Probleme unterzuordnen waren.

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und

auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Nationalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen, was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißen Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war.

S. 174 f.

Man sagt ja, daß die Geschichte sich nie genauso wiederholt, wie sie schon gelaufen ist. Von der Dummheit der Politik kann man das offensichtlich nicht sagen.

3.

Bush eilt zur Rettung – zähneknirschend
Mitte der Woche wird der US-Präsident ein Gesetz unterzeichnen,
das notleidenden Hausbesitzern helfen soll

VON ANDREAS GELDNER
(HAZ, 30. Juli 2008)

...

In einem Kuhhandel zwischen Republikanern und Demokraten ist das Gesetzesbündel, das ursprünglich dazu dienen sollte, in finanzielle Schieflage

geratene Bauherren vor der Pleite zu bewahren, mit zusätzlichen Ausgabenprogrammen garniert worden. Allein vier Milliarden Dollar sind beispielsweise für Hilfsprogramme in Not leidenden Wohngebieten reserviert. Das hat zwar mit der ursprünglichen Absicht eines Auffangnetzes für unschuldig in Not geratene Hausbesitzer wenig zu tun - aber in diesem Wahljahr entwickeln sich die Vereinigten Staaten in Rekordgeschwindigkeit zu einem Land, in dem immer wieder nach der Hilfe des Staates gerufen wird.

Der Kongress, der bereits seit Jahresanfang über diese Hilfen debattierte, ist allerdings selbst auch von der Entwicklung überrollt werden. Angesichts der Turbulenzen bei den Hypothekenfinanzierern Fannie Mae und Freddie Mac blieb ihm nichts anderes übrig, als für diese zusätzliche Milliarden zu reservieren. 25 Milliarden Dollar wird eine Kreditlinie kosten, die diesen Banken vom amerikanischen Finanzministerium bis zum Dezember 2009 gewährt wird und die gegebenenfalls auch dazu genutzt werden kann, zur Beruhigung der Investoren durch Aktienkäufe den Börsenkurs zu stabilisieren.

Welche Dimension die möglichen faulen Kredite haben könnten, zeigt ein vorsorglicher Schritt: Der Kongress hat mit dem Gesetzespaket das Verschuldungslimit der US-Bundesregierung um 800 Milliarden Dollar erhöht. Man hofft zwar, dass diese Kreditlinie nicht ausgeschöpft wird. Aber nach einem mehr als 100 Milliarden Euro teuren Konjunkturprogramm, nach milliardenschweren Rettungsaktionen der Notenbank auf den Finanzmärkten und angesichts der immer noch nicht ausgestandenen Krise auf dem Immobilienmarkt zeigt diese Zahl die enorme Herausforderung, vor der die USA stehen.

Im Vergleich zum Geld, das für die beiden Hypothekenbanken zur Verfügung steht, wirkt der ursprüngliche Kern des Gesetzes, das Rettungspaket für Häuslebesitzer mit einem Volumen von 15 Milliarden Dollar, bescheiden. Etwa 400 000 Bauherren, deren Häuser wegen der fallenden Immobilienpreise inzwischen weniger Wert sind als die Schulden, die darauf liegen, sollen die Möglichkeit zur Refinanzierung erhalten. Versüßt wird dies den Banken mit einer staatlichen Garantie für die verbleibende, gesenkte Schuld. Nach Schätzungen der Ratinggesellschaft Moody's werden aber allein bis Ende 2009 voraussichtlich 5,5 Millionen Hausbesitzer nicht mehr in der Lage sein, ihre Schulden zu bezahlen. „Ich fürchte, das ist ein Tropfen auf den heißen Stein“, sagt Moody's Chefökonom Mark Zandi. Selbst nach Schätzungen des Bank- und Finanzausschusses des Senats landen zurzeit täglich fast 10 000 amerikanische Hausbesitzer in der Pleite. Binnen fünf Jahren wird voraussichtlich eines von acht Häusern in den USA nicht mehr abbezahlt werden können. Auch seine Befürworter wie der demokratische Senator Christopher Dodd sehen das Gesetz deshalb vor allem als politische Geste. „Es wird keine Wunder bewirken; Die amerikanische Öffentlichkeit sollte realistische Erwartungen haben, was wir tun können“, sagte Dodd.

Mit untrüglichem Gespür für die Mehrheitsmeinung im Land haben sich aber sowohl der Demokrat Barack Obama als auch der Republikaner John McCain hinter

das Milliardenprogramm gestellt. McCain ist allerdings etwas zurückhaltender, weil ein Teil der republikanischen Klientel der Meinung ist, dass Bauherren nicht auch noch die Fahrlässigkeit, mit der sie Kredite aufgenommen haben, belohnt werden dürften. ...

Fangen wir mit der letzten Aussage über die Fahrlässigkeit der Häuslebauer mit ihrem Verpfändeten Eigentum an. Selbstverständlich gibt es auch die Fälle der fahrlässigen Kreditaufnahme. Das dürften aber die Ausnahmen sein. Was würde man dazu sagen, wenn man den schwarzen US-Bürgern sagen würde, daß Ihre Vorfahren selber schuld an ihrem Sklavenstatus gehabt hätten. Sie hätten sich in Afrika nicht fangen lassen sollen?

Wenn ich auch hier nichtzitierte Meldungen in meine Bewertung einbeziehe, dann geht es einmal um reguläre Finanzierungen bei der Erstellung oder den Kauf von Wohnhäusern und um Kreditaufnahmen die eine gegenwärtige Konsumerhöhung ermöglichen sollte. Das mag leichtsinnig sein, war aber sicher nicht nur im Sinne von Kreditvermittlern und Pfandnehmern, die bei notleidend werdenden Krediten und bei steigenden Immobilienpreisen auf einen guten Schnitt bei der Pfandverwertung gehofft haben sollen, um danach die nächste Spielrunde einzuläuten. Die Politik dürfte diese Verschuldung gutgeheißen haben, weil sie sich davon eine Konjunkturbelebung erhoffte. Wenn jedenfalls in einer Situation, wo die Einkommensmöglichkeiten sinken und die Lebenshaltungskosten steigen, das Zinsniveau angehoben wird, dann ist eine Situation, wie sie in den USA eingetreten ist, kein vielfaches individuelles Versagen, sondern hier kommen die Systemschwächen, die die Menschen in Zinsknechtschaft zwingen, klar zum Ausdruck. Da es da, wo Verluste entstehen, im Regelfall auch Gewinner gibt, muß natürlich auch nach den Gewinnern gefragt werden. Das soll hier aber nicht geschehen. Es soll auch nicht der Frage nachgegangen werden, warum deutsche Banken sich auf den Handel mit Derivaten – die von diesen Hypotheken abgeleitet sind – eingelassen haben und warum jetzt der Steuerzahler die Verluste tragen muß. Die Frage, die mich beschäftigt, ist die: Der ganze Börsenbudenzauber, der ganze Nationen verunsichert und in Existenzschwierigkeiten gebracht hat und weiter bringt, der zwei Weltkriege, unzählige regioale Kriege (mit)verursacht hat, der uns Stalin und Hitler beschert hat, der heute noch Millionen Menschen jährlich verhungern läßt, könnte mit den freiwirtschaftlichen Maßnahmen behoben werden. Warum wird hier nicht einfach und gründlich untersucht, ob dem Angebot der Freiwirtschaft Anmaßung, Irrtum oder saubere Logik zugrunde liegt?

Das Verhalten der Bundesregierung, des Bundestages, der politischen Parteien und der Wissenschaft in dieser Sache entspricht nicht ihren Verpflichtungen, Eiden und Verlautbarungen. Wenn es einen Orden für Unlauterkeit gäbe, wären sie alle berechnigte Anwärtter. TA